

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

Wochenendausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

**Aus dem Inhalt:**  
Blutiger Naziterror  
Wahlrecht geändert  
Bildbericht der Woche  
Wirtschaft und Politik der Woche  
Die Börse und Hitler  
Marcia Reale  
Der Tüchtige  
Deutschland, das Land der Schieber

# Generalangriff gegen die KPD

## Einseitige Demonstrationsverbote – Verschärfte Versammlungskontrolle – Systematische Haussuchungen – Auf der anderen Seite Förderung der Nazis mit allen staatlichen Mitteln

Berlin, 2. Februar.  
VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, hat der kommissarische preußische Innenminister Göring einen Erlaß an alle Regierungspräsidenten gerichtet, der durch Polizeifunk den nachgeordneten Stellen übermittelt wurde. Der Erlaß betont, daß ein schärferes Vorgehen gegen kommunistische Unruhe stiftung notwendig sei. Alle kommunistischen Versammlungen unter freiem Himmel im ganzen preußischen Staatsgebiet sowie alle Versammlungen etwaiger Unter- und Nebenorganisationen der KPD unter freiem Himmel werden in dem Erlaß verboten. Es wird weiter angeordnet, daß die übrigen Versammlungen der Kommunisten sorgfältiger als bisher beobachtet und sofort aufgelöst werden sollen, sobald eine Aufforderung zum Streik (!) oder zu „sonstigen hochverräterischen Unternehmungen“ ausgesprochen werde.  
Der Erlaß empfiehlt besonders Beobachtung der kommunistischen Sportvereinigungen, namentlich soweit in diesen Sportvereinigungen Schießübungen veranstaltet werden. Er verlangt, daß etwaiges Waffenmaterial dieser Vereinigungen sichergestellt werde.

### Braunschweig und Mecklenburg folgen

Braunschweig, 2. Februar.  
WTB. Wie wir erfahren, hat das braunschweigische Innenministerium an die Landespolizeibehörden eine Verfügung erlassen, wonach ähnlich wie in Preußen und anderen deutschen Ländern kommunistische Umzüge und Demonstrationen sowie Flugblattverteilungen (!) zu verbieten sind.

Schwerin, 2. Februar.  
WTB. Die Mecklenburg-Schwerinsche Staatsregierung hat die Polizeibehörden des Landes angewiesen, grundsätzlich alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel der Kommunistischen Partei und deren Nebenorganisationen zu verbieten.

### Überall Haussuchungen

Berlin, 2. Februar.  
CNB. Die Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses und die Durchsuchungen an weiteren 17 Stellen der Stadt haben zur Beschlagnahme von kommunistischen Zersetzungsschriften geführt. An etwa 12 Stellen wurden mehrere tausend Exemplare von Schriften verbotenen Inhalts beschlagnahmt, in denen zum bewaffneten Aufstand, zum Generalstreik und zur Aufreizung der Polizeibeamten und der Reichswehr zum Ungehorsam aufgefordert wird. Im Karl-Liebknecht-Haus wurden Schriften der verbotenen Gottlosenbewegung gefunden und beschlagnahmt.

Berlin, 3. Februar.  
WTB. Beamte der politischen Abteilung haben heute morgen kurz vor 11 Uhr das Haus der R. G. O. in der Münzstraße zum Zwecke einer Durchsuchung besetzt.

Erfurt, 2. Februar.  
WTB. Beamte der Politischen Polizei nahmen bei verschiedenen Organisationen der KPD Durchsuchungen vor. Es wurde erhebliches „hochverräterisches“ Material, besonders solches, in dem zum politischen Massenstreik aufgefordert wird, gefunden und beschlagnahmt.

Halle, 2. Februar.  
Im Bereich des Polizeipräsidiums Halle haben heute eine Reihe von Durchsuchungen bei führenden Mitglie d e r K P D stattgefunden. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf Material „staatsfeindlichen“ Charakters – Aufforderung zum Generalstreik, Waffen usw. – gerichtet. Wie verlautet, ist nichts wesentliches gefunden worden. Auch im Bereich des Polizeipräsidiums Weißenfels wurden heute vormittag derartige Durchsuchungen vorgenommen.

Magdeburg, 2. Februar.  
CNB. Die für heute angeordneten Durchsuchungen bei der KPD haben nach den bisher vorliegenden Meldungen im Regierungsbezirk Magdeburg, darunter in Magdeburg selbst, Halberstadt, Burg, Staffort, Schönebeck, nichts Belastendes ergeben. An den Plätzen, wo größere Parteilokale oder Parteibüros fehlen, wurden Durchsuchungen bei einzelnen kommunistischen Führern vorgenommen; aber auch hier war das Ergebnis negativ.

Stettin, 2. Februar.  
WTB. Wie der Polizeipräsident mitteilt, hat die politische Polizei in den letzten Tagen das Bestehen einer noch anscheinend in der Entwicklung befindlichen illegalen kommunistischen Organisation aufgedeckt, die sich u. a. mit der Verteilung illegaler Druckschriften und mit Zersetzungsbroschüren in der Reichswehr und in der Schutzpolizei befaßte. Kriminalbeamte fanden bei Durchsuchungen von Wohnungen kommunistischer Funktionäre belastendes Material. Eine Reihe von Personen, die zum großen Teil dem kommunistischen Jugendverband Deutschlands angehören, wurden vorläufig festgenommen.

### Der Kampf gegen die KPD-Presse

Königsberg, 2. Februar.  
Der Regierungspräsident hat das kommunistische „Echo des Ostens“ wegen Aufreizung zu hochverräterischen Unternehmungen mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Im Laufe einer polizeilichen Untersuchung im Verlagsgebäude des „Echo des Ostens“ wurde u. a. die gesamte heutige Zeitungsaufgabe beschlagnahmt.

### Auf Staatskosten!

Dieser Tage wurden in der Wallstraße in Charlottenburg ein SA-Mann und ein Polizeibeamter erschossen. Jetzt wird mitgeteilt, daß diese Opfer der überall von den Nazis provozierten Zusammenstöße auf Staatskosten in feierlicher Form beigesetzt werden sollen. Im Dom und im Lustgarten in Berlin sollen große Trauerkundgebungen stattfinden, an denen sich die SA

und die Schutzpolizei neben der preußischen und der Reichsregierung beteiligen werden.

### SPD-Kundgebung im Lustgarten verboten!

Die seit Tagen von der SPD angesetzte Kundgebung am kommenden Sonntag im Lustgarten ist verboten worden, weil nachträglich für die gleiche Zeit das Staatsbegnadnis eines Polizeibeamten und eines SA-Mannes angesetzt worden ist. Die Berliner SPD wird ihre Kundgebung nunmehr am kommenden Dienstag 18 Uhr durchführen.

### Neue Nazi-Provokationen mit Staatshilfe!

In der Wallstraße in Charlottenburg, in der es dieser Tage zu blutigen Zusammenstößen kam, fand am Donnerstagabend ein Demonstrationmarsch der SA und SS statt. Die Wallstraße und die Zugangsstraßen wurden schon stundenlang vorher von der Polizei geräumt. Alle Türen und Fenster mußten geschlossen bleiben. Der Sturm, dem der erschossene SA-Mann angehörte, nahm mit brennenden Fackeln vor dem Hause Aufstellung, aus dem die Schüsse abgegeben worden waren. Unter dumpfen Trommelwirbeln zog dann die SA durch die menschenleere Straße. An der nächsten Straßenecke nahmen Graf Heildorf und Prinz August Wilhelm den Vorbeimarsch ab.

### Hitler verkündet „Niederbrechung des Terrors“

Berlin, 2. Februar.  
CNB. Der Angriff veröffentlicht folgenden Aufruf Hitlers:  
Parteigenossen! SA- und SS-Männer! 13 Jahre seid Ihr in seltener Disziplin mir gefolgt. Die kommunistische Mordorganisation hetzt seit Tagen in unverantwortlicher Weise gegen die nationale Erhebung. Niemand verliert die Nerven! Haltet Ruhe und Disziplin! Laßt Euch nicht durch Spitzel und Provokateure an der Befolgung dieses meines Befehles irre machen! Die Stunde der Niederbrechung des Terrors kommt! Adolf Hitler.

### Solidaritäts-Kundgebung der KPF

Paris, 3. Februar.  
CNB. Die Humanité veröffentlicht einen Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und anderer kommunistischer Organisationen, in dem dazu aufgefordert wird, den deutschen Arbeitern zu Hilfe zu kommen, die durch den Regierungswechsel in Deutschland stark bedroht seien. In dem Aufruf wird die Bildung von Komitees zur Unterstützung der revolutionären deutschen Bewegung empfohlen, und auch ein Appell an die französischen Kommunisten und Sozialisten gerichtet, sich zur Abwehr einer gemeinsamen Gefahr zusammenzuschließen, weil die Niederlage der deutschen Kommunisten die Niederlage der französischen Kommunisten bedeuten würde.

### Kommunistenjagd

#### Der Auftakt zur Niederschlagung der ganzen Arbeiterklasse

Die Hitler-Hugenberg-Regierung nennt sich eine „aufbauende“. Sie hat aber schon jetzt durch ihren Aufruf und sonstige Handlungen den Beweis erbracht, daß sie auch nicht einen positiven Gedankensatz besitzt, nicht eine konkrete Maßnahme durchzuführen imstande ist, die geeignet wäre, aus der furchtbaren wirtschaftlichen Notlage herauszuführen. Der „Arbeiter“-Parteführer Hitler verliert in seinem Aufruf kein Wort darüber, ob auch nur die bisherigen kümmerlichen Unterstützungen für Arbeitslose, Sozial- und Kriegsrentner weitergezahlt werden, ob die selbst vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Unterstützungen durchgeführt werden soll. Er schweigt über die Fragen des Tarifs- und Koalitionsrechtes, er schweigt über die große Frage, die heute die Millionen der Bevölkerung, der hungernden Massen vor allem bewegt: Wie können wir heute und morgen leben?

So schweigsam und negativ diese „aufbauende“ Regierung bei den Lebensfragen des ganzen arbeitenden Volkes ist, so aktiv und betriebsam ist sie im Zerstören, im Vernichten und Niedertrampeln alles dessen, was sich die Arbeiterklasse geschaffen hat und was diese Regierung als ihre politischen Gegner ansehen muß.

„Kampf gegen den Kommunismus“ – „Große planmäßige Aktion gegen die KPD-Zentralen“ – „Niederbrechung des kommunistischen Terrors“. Das sind die Losungen der Regierung, die knalligen Ueberschriften der ganzen „nationalen“ Presseleute. Und es sind nicht nur Losungen. Hier ist die Regierung sofort zu Taten geschritten. Man hat nicht nur so gut wie alle kommunistischen Zeitungen verboten bzw. beschlagnahmt, nicht nur ganz einseitig gegen die KPD gerichtete Demonstrationsverbote erlassen, sondern man veranstaltet im ganzen Reich, in allen kommunistischen Parteibüros und in Privatwohnungen von Kommunisten Haussuchungen. Haussuchung, weniger zum Zwecke, etwas zu „suchen“ – selbst die Polizeiberichte müssen fast durchweg melden, daß nichts gefunden wird, sondern Haussuchungen und tägliche Besetzung aller kommunistischen Büros lediglich als „Straf“, als Terrormaßnahme, um jede Tätigkeit der kommunistischen Bewegung zu ersticken.

Das alles wird gemacht, während man gleichzeitig verkündet, daß die „verfassungsmäßigen Freiheiten“ aufrechterhalten, auch die kommunistische Partei nicht verboten, ihr die Möglichkeit zur Wahlpropaganda gelassen werde. Wie demagogisch hierbei vorgegangen wird, das kommt am klarsten zum Ausdruck in der Darstellung der für Hitler – und Hugenberg begeisterten „Schlesischen Zeitung“. Sie schreibt u. a.:

„Die preußische Staatsregierung, steht auf dem Standpunkt, daß im Augenblick mit Rücksicht auf die Wahlen generelle Maßnahmen gegen die KPD unterbleiben müssen. Die Reichsregierung ist gewillt, die verfassungsmäßig garantierte Wahlfreiheit in keiner Form anzutasten (!), und hält es deshalb nicht für zweckmäßig, mit allgemeinen Maßnahmen gegen eine Partei vorzugehen.“

Um der KPD die Möglichkeit der Wahlpropaganda trotzdem zu erhalten, ist die Abhaltung von Wahlversammlungen in geschlossenen Räumen der Partei auch weiterhin

# Überall blutiger Nazi-Terror

gestaltet. Selbstverständlich wird die Polizei durch eine strenge Überwachung dafür Sorge zu tragen, daß diese Versammlungen nicht zum Ausgangspunkt einer die Ruhe und Ordnung gefährdenden Hetze werden.

Um im übrigen der KPD ihr hochverräterisches Treiben bekanntzugeben, werden außerdem die kommunistischen Zentren laufend von der Polizei durch Hausdurchsuchungen und ähnliche Maßnahmen kontrolliert werden.

Die preussische Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die entschlossene Wille, den kommunistischen Terror unter allen Umständen zu unterdrücken, Hand in Hand gehen muß mit dem Willen, den unabhängigen Kräften des nationalen Deutschlands, die Demonstrations- und Wahlfreiheit in allen Teilen Deutschlands, auf allen Straßen und Plätzen zu sichern, auch dort, wo bisher die Marxisten das Feld für sich als besonderes Reservat in Anspruch genommen haben.

Klassen Feind der von Hindenburg und auch von Hitler beschworene Grundsatz der Verfassung: „Jeder Staatsbürger ist vor dem Gesetz gleich“, nicht in das Gegenteil verkehrt werden. Brutale Feind der Staatsgewalt nicht mehr für die egoistischen Ziele und den Terror einer Partei gegen die großen Arbeitermassen eingesetzt werden, als es bisher zum Ausdruck kommt. Alle Versuche der Regierung sich als eine unparteiische aufzuspielen, die nur bestrebt wäre, den „Terror der Kommunisten“ zu unterdrücken, müssen von der ganzen Arbeiterklasse aufs schärfste zurückgewiesen werden.

In Wirklichkeit handelt es sich um den Auftakt der Regierung zur blutigen Niederschlagung und Vernichtung der ganzen Arbeiterklasse und aller ihrer Organe und Organisationen.

Die Hitler-Regierung nützt hier die Spaltung der Arbeiterklasse in raffiniertester Weise aus. Sie spekuliert so: Wenn wir nicht gleich mit einem generellen Verbot der KPD vorgehen, sondern nur gegen die „Auswüchse“ und den „Terror“ der Kommunisten, dann wird die SPD, werden vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaften ruhig bleiben. Sie sind ja an die Polizeimassnahmen gegen Kommunisten schon von Severings Polizeiministerialpolitik her gewöhnt. Wird so die KPD allmählich zermürbt, dann kann zu ihrem völligen Verbot, zum entscheidenden Schlag, gegen sie ausgeschlachtet werden. Ist so erst ein, und für den revolutionären Widerstand aktivster Teil der Arbeiterklasse vernichtet, dann kann der Generalangriff auch auf die SPD, die Gewerkschaften und alle sonstigen Arbeiterorganisationen einsetzen. Sie werden dann — so rechnen die Faschisten — keinen wirkungsvollen Widerstand mehr leisten können und zum Schluß relativ leicht zu einer Beute des faschistischen Regimes werden.

Arbeiter, Klassengenossen, ohne Unterschied des Parteibuches, das ist der Plan der Hitlerregierung, Millionen von Proletariern erkennen immer noch nicht die furchtbare Gefahr. Unzählige haben noch die höchst gefährliche Einstellung: Abwarten, soll Hitler erst mal zeigen, was er kann, wenn er über — so sagen die SPD- und ADGB-Führer — die Verfassung zerschlägt, dann werden wir kämpfen. Diese Auffassung wollen aber die Hitler-Huqenbergs gerade mit ihrem elenden Vorgehen erzeugen. Sie wissen, daß es „dann“ zu spät ist für einen erfolgreichen Widerstand.

Deshalb: So groß auch die Differenzen zwischen KPD und SPD sein mögen, jeder Prolet, jeder sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschafter muß erkennen, daß heute jeder Schlag gegen die KPD ein Schlag gegen die ganze Arbeiterklasse, gegen jeden einzelnen Proletarier ist. Darum: Nicht abwarten, nicht die Arbeiterbewegung Stück für Stück abschlachten lassen, sondern sofortige gemeinsame Abwehr, gemeinsamen Kampf gegen jede arbeitfeindliche Terrormaßnahme, ob sie gegen die KPD oder sonst eine Arbeiterorganisation gerichtet ist. Das ist das Gebot der Stunde!

Der nationalsozialistische Terror nimmt in allen Teilen des Reiches immer größeren Umfang an. In zahllosen Orten ereignen sich Heberfalle auf Arbeiter und auf das Eigentum der Arbeiterorganisationen. Bei der Haltung der Regierung, die in der einseitigen und unerbittlichen Weise die Nationalsozialisten in Schutz nimmt und sie vor jeder polizeilichen und gerichtlichen Verfolgung bewahrt, kann diese Entwicklung wahrlich nicht überraschen.

In Köln unternahm etwa 30 Nationalsozialisten einen Angriff auf das August-Bebel-Haus, in dem die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ ihren Sitz hat. Die Nazis gaben mehrere Schüsse auf das Haus ab. Als das herbeigeeilte Heberfallkommando erschien, ergrieffen die Nazis die Flucht. Drei Nationalsozialisten konnten festgenommen werden. Einer hatte kurz vor dem Erscheinen des Heberfallkommandos einen Revolver fortgeworfen. Es wurde festgestellt, daß aus dem Revolver kurz vorher geschossen worden war.

In Altona wurden am Mittwoch Abend

sozialdemokratische Demonstrationszüge von SA-Lokalen aus beschossen. Ein Reichsbannermann erhielt einen Schuß durch die Hand. In einem zweiten Fall konnte einem SA-Mann, noch ehe er Schanden anrichtete, der Revolver abgenommen werden. Auf dem Rückweg wurden von einem größeren Trupp SA-Leuten auf einen Zug der Eisenbahn Front aus dem Hinterhalt ein Leberüberfall ausgeführt. Zwei Reichsbannerleute wurden schwer verletzt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

In Nowawes bei Potsdam wurden bei einer Schießerei der SA der Arbeiter Gustav Reichardt durch einen Bauchschuß und der Arbeiter Herbert Lucas durch einen Oberschenkelerschuß schwer verletzt. Sie mußten in das Kreis-Krankenhaus gebracht werden. Beide gehören der kommunistischen Partei an.

Am Bahnhof Adlershof bei Berlin überfielen Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Flugballverleiher und schlugen ihn zu Boden.

In Britz bei Berlin wurde das Reichsbanner nicht gegen 12 Uhr von Nationalsozialisten angegriffen und beschossen.

In Gransow (Mark Brandenburg) wurden die SA-Truppe aus der ganzen Gegend zusammengezogen, um einen kleinen Trupp Reichsbannerkameraden zu überfallen. Mit Schlagruten, Hebel- und Stichwaffen wurden 4 Reichsbannerkameraden schwer, zahlreiche andere leicht verletzt. Sämtliche Musikinstrumente des Spielmannszuges wurden schwer demoliert.

In Charlottenburg wurde ein 20-jähriger Arbeiter Paul Schulz von Nationalsozialisten niedergeschossen. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Er hatte beide Messerscheide im Arm und im Rücken, außerdem war ihm, offenbar durch brutale Fußtritte, die Wirbelsäule angebrochen worden.

In Berlin-Schöneberg drangen 4 uniformierte, mit Pistolen bewaffnete SA-Leute in das Kunstlokal „Lunte“ ein, in dem hauptsächlich Literaten und Republikaner verkehrten. Sie schlugen auf die Gäste ein, verletzten einige von ihnen erheblich, zertrümmerten die Schau-fensterdicke und entfernnten sich dann unter Drohungen. Auf der Hauptstraße in Schöneberg schossen uniformierte SA-Leute auf Polizeibeamte.

In der Ernststraße und Idastraße in Berlin-Borsigwalde wurden auf KPD-Verkehrslökre Schüsse abgegeben und die Schreien eingeschlagen. 2 SA-Leute, die geladene Pistolen in den Taschen trugen, wurden von der Polizei festgenommen.

In der Alexanderstraße in Berlin wurde der 19-jährige Kommunist Heinz Primo von Nationalsozialisten durch einen Schuß in den Unterschenkel niedergestreckt; er mußte ins Krankenhaus transportiert werden.

In Bretten (Baden) wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ein Kommunist erschossen.

In Duisburg wurde eine Frau Struth, die dem Ruf der Nationalsozialisten „Fenster zu“ nicht nachgegeben war, durch einen Kopfschlag so schwer verletzt, daß sie kurze Zeit darauf im Krankenhaus starb. Der Schütze ist ohne Zweifel in den Reihen der Nationalsozialisten zu suchen.

In Witten a. d. Ruhr wurde am Donnerstag Abend ein sozialdemokratischer Demonstrationszug aus einem Nazilokal heraus beschossen. Die Schüsse, die von Nationalsozialisten abgegeben wurden, trafen 11 Personen, 4 von ihnen wurden schwer, 7 leichter verletzt.

In Rendsburg (Schleswig-Holstein) versuchten Nationalsozialisten, das Gewerkschaftshaus zu überfallen. Polizei trieb sie zurück.

Bei Segeberg (Schleswig-Holstein) überfielen Nazis den Ausleger einer sozialdemokratischen Zeitung, entrissen ihm die in seinem Besitz befindlichen Blätter und verbrannten sie.

Im Landesteil Eutin drangen Nazis in Wohnungen und Gehöfte von Anhängern der Eisernen Front und forderten unter wilden Drohungen die Einziehung der Eisernen Front-Fahnen.

## Aenderung des Wahlrechtes

### Ausnahmegesetz gegen die kleinen Parteien

Berlin, 2. Februar.

WTB. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist das Reichswahlgesetz in einigen Punkten geändert worden. Auslandsdeutsche, die sich am Wahltag im Inlande aufhalten, können an der Wahl teilnehmen, indem sie einen Stimmschein ausgestellt erhalten. Das Gleiche gilt für die deutschen diplomatischen und konsularischen Beamten und ihre Hausstandsangehörigen, ferner die Besatzung von See- und Binnenschiffen, die für keinen festen Landwohnsitz polizeilich gemeldet sind.

Weiterhin sind neue Bestimmungen über die Einreichung der Kreiswahlvorschläge getroffen.

**Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt hatten, müssen nunmehr für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge so viel Unterschriften aufbringen, als Stimmen zur Erlangung**

eines Sitzes im Wahlkreisverband erforderlich sind, also 60 000.

Ist diese Bedingung erfüllt, so genügen für jeden anderen Kreiswahlvorschlag dieser Partei 50 Unterschriften, wenn es sich um durch Verbindung im Verbands- oder Anschluss an einen Reichswahlvorschlag innerlich zusammenhängende Kreiswahlvorschläge handelt.

Diese Änderung des Wahlgesetzes ist ein Ausnahmegesetz gegen alle die Parteien, die bisher noch nicht im Reichstage vertreten waren, ein Gesetz zum Schutz der großen Partei. Die Bedingung, daß eine Partei, die bisher keinen Abgeordneten im Reichstage hat, in einem Wahlkreis in wenigen Tagen mindestens 60 000 Unterschriften zusammenbringen muß, ist praktisch schon aus rein technischen Gründen unerfüllbar. Diese Änderung des Wahlgesetzes bedeutet daher eine völlige Entrechtung der kleinen Parteien, ihre Ausschaltung von der Teilnahme an Wahlen zum Reichstage.

## Wahlaufruf der SPD

Der Vorstand der SPD veröffentlicht einen Aufruf zur kommenden Reichstagswahl, in dem der Regierung entgegengehalten wird, daß ihr Wahlauftritt keinen einzigen klaren Gedanken enthalte, aber von Verunglimpfung aller politischen Andersdenkenden geradezu strotze. Der Aufruf wendet sich eingehend gegen das Regierungsschlagwort „Novemberverbrechen“ und betont, daß das Novemberverbrechen im Aufbau des neuen sozialen Staates bestände. Dieser Neuaufbau solle wieder rückgängig gemacht werden, dafür wolle die Regierung die Mehrheit, dagegen müsse man kämpfen. Der Aufruf proklamiert weiter Kampf für Enteignung des Großgrundbesitzes und Auf-

teilung des Landes an Bauern und Landarbeiter, für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft. Der Aufruf schließt mit den Worten „Freiheitsfront gegen Harzburgerfront! Greift an!“

Der sozialdemokratische Wahlauftritt bemüht sich also um radikale Formulierungen. Trotzdem werden die Arbeiter nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie 1918, als die Möglichkeit bestanden hätte, von all ihren Forderungen (Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie usw.) nichts, aber auch gar nichts durchgeführt hat.

## Burgfrieden im Regierungslager?

CNB. Berlin, 2. Februar.

Unter der Ueberschrift „Wahlkammeradschaft, aber nicht Einheitsliste“ schreibt die „DAZ“: Im Anschluß an die Vorbereitung des Aufrufs der Reichsregierung zu dem Wahlkampf, der über die künftige Arbeit des Kabinetts entscheiden soll, haben zwischen den Regierungsgremien auch Erörterungen über die Möglichkeit einer gemeinsamen Führung des Wahlkampfes stattgefunden. Es besteht zweifellos der Wunsch, nachdem sich die Gruppen, die sich früher zeitweise scharf befähdet haben, in der Regierung des nationalen Zusammenschlusses zusammenschließen, auch den bevorstehenden Wahlkampf in einem anderen Geiste als bisher zu führen.

Dem werden wohl gewisse Abmachungen über das Verhalten der in der Regierungsführung vereinten Parteien dienen. Daß diese Abmachungen etwa in der Aufstellung gemeinsamer Wahllisten gipfeln könnten, wird von unterrichteter Seite bezweifelt. Ueber die Einzelheiten der Wahlabmachungen werden in den nächsten Tagen noch weitere Verhandlungen stattfinden.

## Hitler Spitzenkandidat aller Nazilisten

Am Donnerstag fand in Berlin in Anwesenheit Hitlers eine Gauleiter- und Amtswartertagung der NSDAP statt, auf der die Richtlinien für den Wahlkampf gegeben wurden. Hitler erklärte, „er selbst werde sich in diesem Wahlkampf vor die Partei stellen und an der Spitze sämtlicher Listen der NSDAP kandidieren“.

## Völkerbund gegen Japan

Am 1. Februar ist der längst erwartete Schlußbericht der sogenannten 19er Kommission über den Konflikt China-Japan in seinen ersten 3 Teilen zu Ende beraten worden. Der Bericht nimmt in einer, für den Völkerbund immerhin erstaunlichen Form gegen die Räuberei Japans Stellung.

Seine wichtigsten Schlußfolgerungen sind, daß Japan die Grenzen der Selbstverteidigung weit überschritten habe, daß der neue Mandchurei-Staat im wesentlichen eine japanische Schöpfung sei, daß der chinesische Boykott unter den gegebenen Umständen keine illegitime Handlung bilde, und daß China am Verlauf des Konflikts seit dem 18. September 1931 keinerlei Verantwortung trage.

Ferner ist die Feststellung beschlossen worden, daß eine vollständige Trennung der Mandchurei von China aus historischen administrativen und politischen Gründen abgelehnt werden müsse, weil sie ein schweres irredentistisches Problem schaffen werde. Doch ist noch nicht entschieden worden, ob diese Feststellung unter die Schlußfolgerungen des dritten Kapitels des Berichts einzureihen oder unter die Vorschläge (4. letzter Teil des Berichts) aufzunehmen sei.

### Japan will austreten

Tokio, 2. Februar (United Press.)

Mit der Absicht Japans, sich gegebenenfalls vom Völkerbunde zurückzuziehen, bringt man eine Reise in Verbindung, die Außenminister Utschida jetzt angetreten hat. Es wird vermutet, daß er sich zum Führer der „Älteren Staatsmänner“, Fürst Sa-

jontschu, begibt, um von ihm die Zustimmung zu einer Abzweifung der japanischen Delegation aus Genf einzuholen.

Auch der japanische Kriegsminister Arai setzt sich mit besonderem Nachdruck für den Austritt Japans aus dem Völkerbund ein. In einer Erklärung betonte Arai, daß sich die Politik Japans in keiner Weise geändert habe und daß nach japanischer Ansicht durchaus „alles in Ordnung sei“.

## Landtagsauflösung auf dem Verordnungswege?

Berlin, 2. Februar.

VDZ. Eine Mehrheit für den nationalen sozialistischen Auflösungsantrag muß noch immer als zweifelhaft bezeichnet werden, zumal die Kommunisten ihre Entscheidung bisher nicht getroffen haben. Sollte der Landtag den Auflösungsantrag ablehnen, so ist damit zu rechnen, daß Präsident Kerrl das Dreimännerkollegium einberuft. Aber auch hier dürften weder Ministerpräsident Braun noch Staatsratspräsident Adenauer für die Auflösung eintreten, sodaß nur der von maßgebender politischer Seite bestätigte Ausweg übrig bleibt, den Landtag im Verordnungswege aufzulösen. Wie man hört, soll es sich dabei nicht um eine Verordnung des Reichspräsidenten handeln. Der Weg, den man auf diesem Gebiete einschlagen will, wird noch streng vertraulich behandelt.

## Proteststreik in Lübeck

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Leber, der, wie wir gestern meldeten, von Nationalsozialisten überfallen und schwer verletzt worden ist, wird auf Anordnung der Lübecker Staatsanwaltschaft noch immer in Haft gehalten, weil in der Abwehr um in der Begleitung Dr. Lebers befindlicher Reichsbannermann einen Nazi niedergeschlagen hat. Daraufhin ist die Lübecker Arbeiterschaft heute geschlossen in einen Proteststreik getreten. Mit Ausnahme der Krankenhäuser wurden sämtliche öffentlichen und privaten Betriebe stillgelegt.

## Stimmlisten

### liegen ab 19. Februar aus

Berlin, 2. Februar.

WTB. Nachdem der Reichspräsident die Neuwahl des Reichstages auf Sonntag, den 5. März, festgesetzt hat, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarfeien vom 19. bis 26. Februar auszulegen sind. Die Landesregierungen sind durch Rundtelegramm ersucht worden, sofort alle Vorbereitungen zu treffen und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

## An alle Or'sgruppen des Sozialistisch. Schutzbundes

Die Reichsleitung des Sozialistischen Schutzbundes hat beschlossen, daß die Reichskonferenz des SSB am Freitag, dem 17. Februar 1933 in Berlin stattfindet. Den Kreisverbandsleitungen sind alle damit im Zusammenhang stehenden Mitteilungen zugegangen. Ortsgruppen, die bisher jetzt noch keine Verbindung mit ihrer Kreisverbandsleitung haben, setzen sich umgehend wegen weiterer Informationen mit der Redaktion der SAZ in Verbindung.

Reichsleitung des SSB.





Hugo Berg, zur Ab-  
wechslung Minister  
Wirtschafts-

## Die neue faschistische Regierung



Selde, der Führer des  
einen Flügels des deut-  
schen Faschismus — des  
Stahlhelms



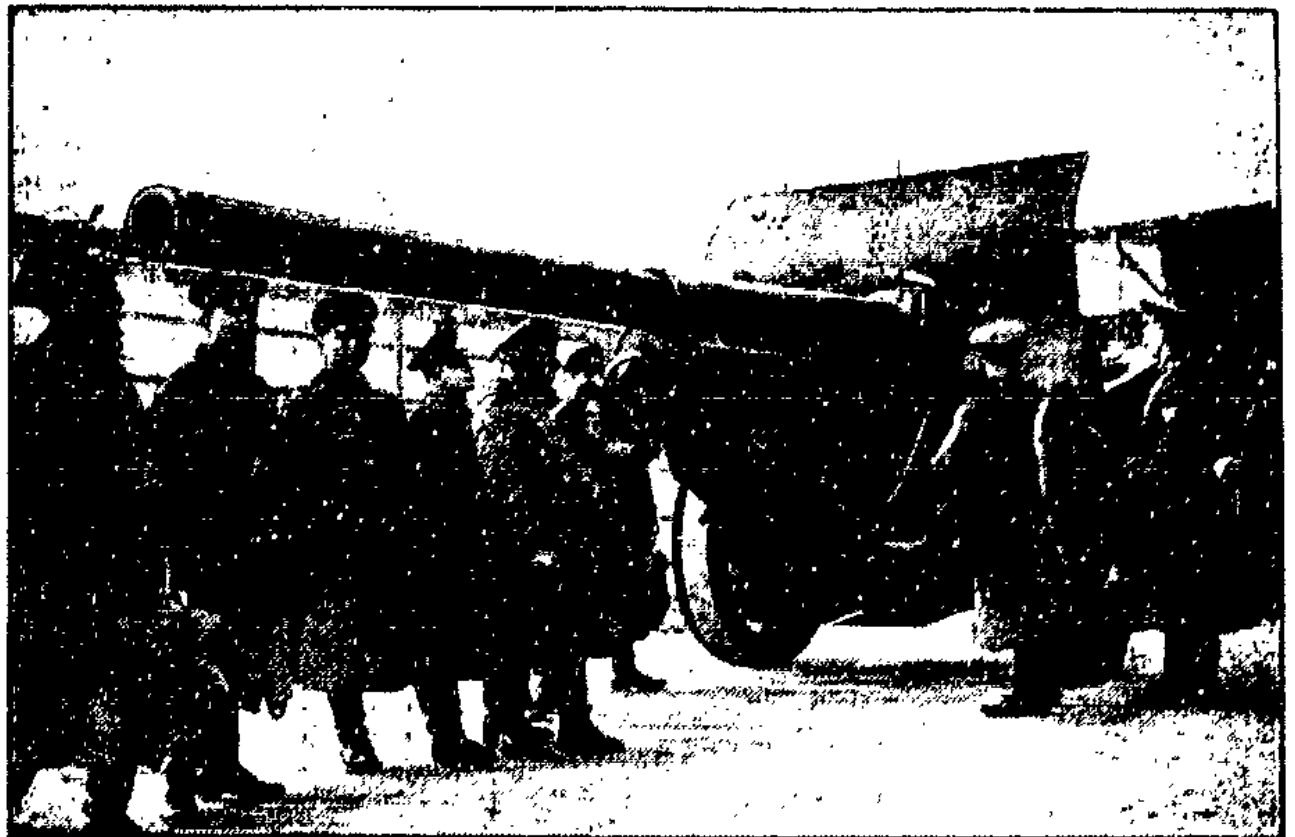
Dr. Feick — wir kennen  
ihn von Thüringen her.



Der Reichskanzler — Führer  
des Hitlerfaschismus. Er  
will in vier Jahren Arbeit  
u. Brot schaffen (vor Tische  
hieß es anders — binnen  
48 Stunden wolle er es tun).



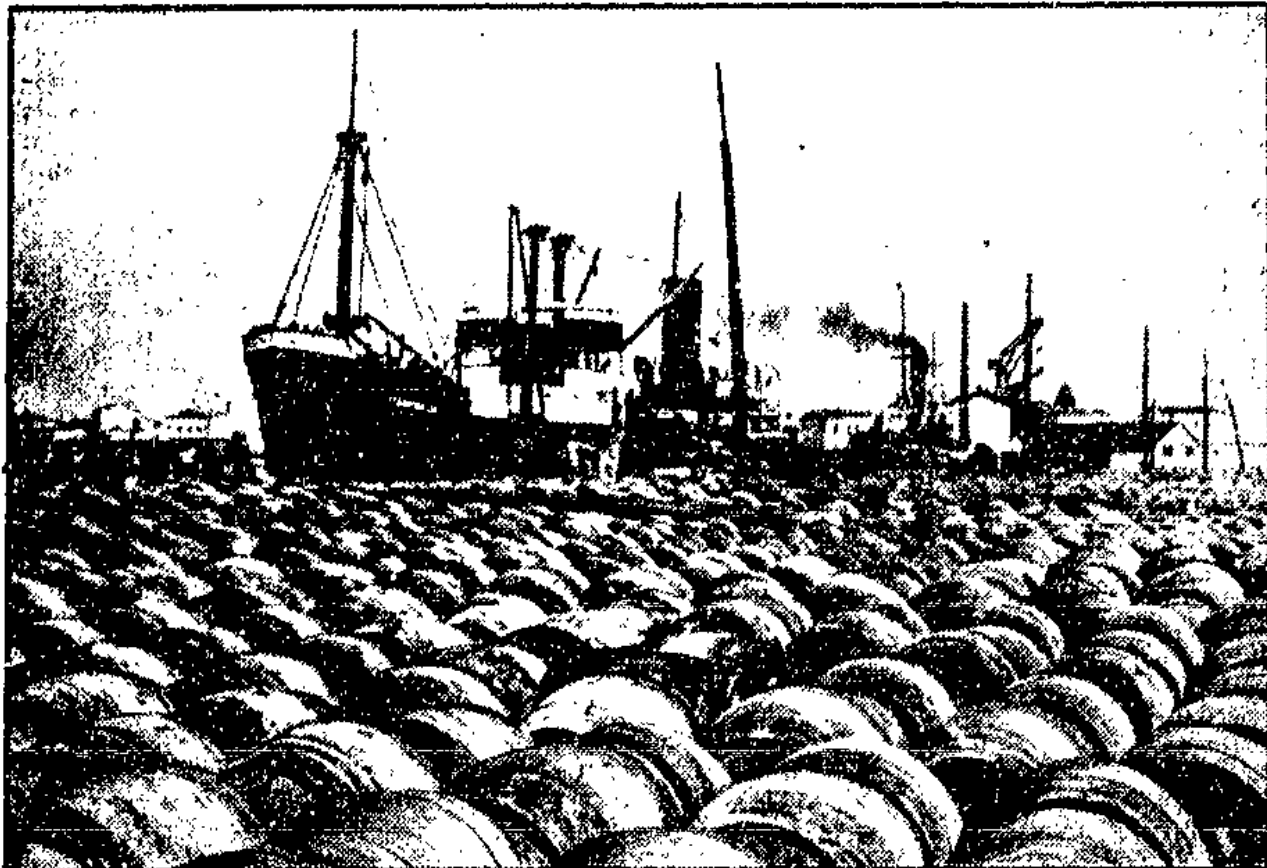
Goering — auch nicht  
unbekannt



Das Riesengeschütz — ein Symbol des „neuen“ Deutschlands. Allorten in Deutschland chauvinistisch  
Imperialistische Hetze solange . . . . .



Bild oben:  
. . . . bis die deutschen Proleten  
ihre Knochen auf den Schlachtfeldern  
zeretzen lassen müssen, wie es ihre  
japanischen Klassengenossen auf den  
Schlachtfeldern der Mandchurei auf  
Befehl ihrer Bourgeoisie jetzt schon  
tun müssen. (Verwundete japanische  
Soldaten werden unweit von Schang-  
hai-Kuang in einen Sanitätszug  
verladen.)



Die Pläne dieser faschistischen Regierung wird aber die internationale Wirtschaftskrise zunichte machen. Die Fässer mit Waren werden auch weiterhin in den Häfen liegen bleiben.

Bild Mitte:  
Die Kriegsstimmung muß geschürt  
werden, selbst die Prostitution wird  
in den Dienst des „Vaterlandsge-  
denkens“ gestellt. Japanische Gelsas  
hissen im Rahmen eines chauvinisti-  
schen Rummels eine Fahne.

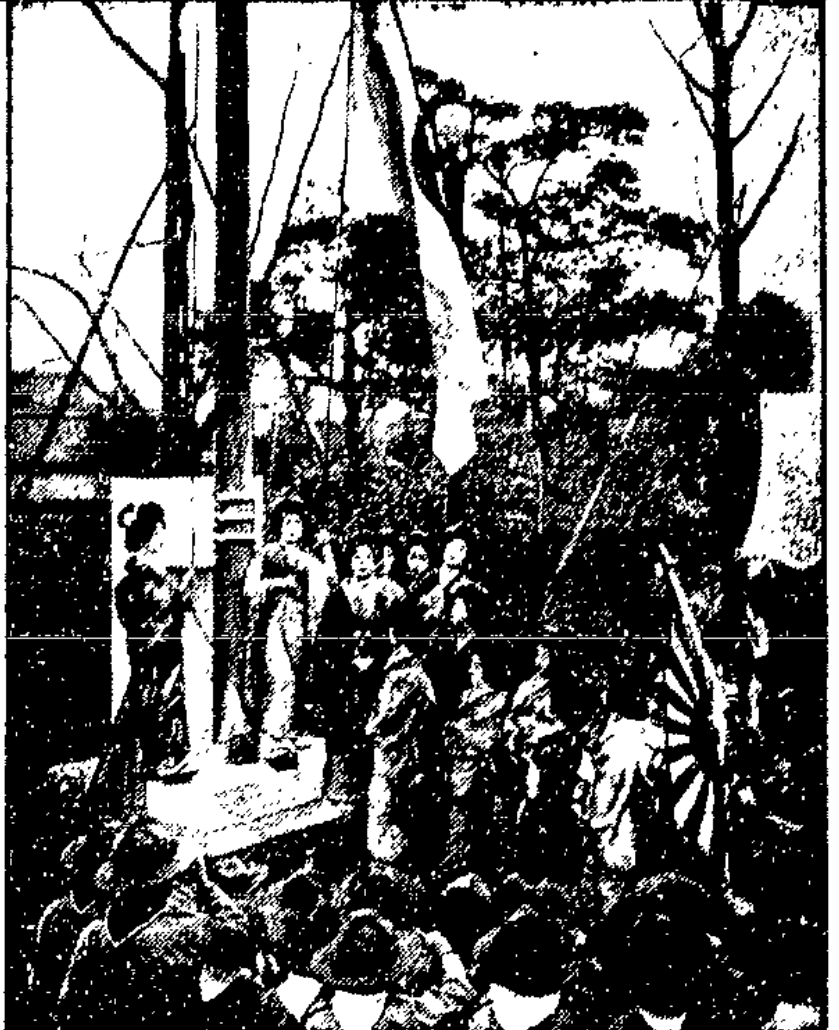


Bild unten:  
Währenddessen tanzt das Bürgertum  
auf dem Vulkan. Die bürgerlichen  
Zeitungsmänner veranstalten Presse-  
balle. Im Frack und in viele hun-  
derte Mark teuren Kleidern prüft  
man bei Sekt — draufhin aber auf  
den Straßen hungern und frieren  
Millionen von Proletariern, und  
werden weiterhungern, wenn sie sich  
nicht aufraffen



Die großen Werke werden auch weiterhin (wie hier die Fordwerke in Detroit) stillgelegt werden. — Helfen kann nur die proletarische Revolution und der Sozialismus.



Bild nebenstehend:  
Das weiß wohl auch Herr Hitler,  
darum machte er am Tage des  
Antritts seiner Kanzlerschaft als  
die anderen in Siegestaumel  
machten, ein ernstes Gesicht.



# Wirtschaft der Woche

## Ungeheure Geldverschwendung in landwirtschaftlichen Berufsorganisationen

Immer wieder sind skandalöse Einzelheiten über die ungeheure Geldverschwendung in den verschiedensten landwirtschaftlichen Berufsorganisationen in die Öffentlichkeit gesickert, so daß schließlich auch die herrschenden Kreise nicht gut unklar konnten, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Dieser Ausschuß bestand aus Personen, die alles Interesse daran haben, daß der Ruf der „notleidenden Landwirtschaft“ (lies: verantwortungslos wirtschaftenden Großgrundbesitzer) nicht noch mehr in Mitleidenschaft gerät. Auch das aus diesem Grunde nur sehr summarisch zusammengestellte Material gibt indes Einblick genug, um zu erkennen, daß die Herren Großagrarien, die in den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen die führenden Posten innehaben, sich auf Kosten der Kleinbauern und der städtischen Steuerzahler gute Tage machen.

Die Gelder z. B. für die Landwirtschaftskammern werden teils durch besondere Umlagen bei den „Landwirten“, d. h. gerade auch bei den Kleinbauern, aufgebracht, teils durch unmittelbare Staatszuschüsse, teils auch durch Beihilfen anderer öffentlicher Körperschaften. In den beiden zuletzt genannten Zuschüssen sind also auch Steuergroschen der breiten, selbst Not leidenden Massen in Stadt und Land enthalten. Für das Geschäftsjahr 1932/33 haben die deutschen Landwirtschaftskammern insgesamt einen Aufwand von nicht weniger als 51 Millionen Mark zu verzeichnen. Ungeheure Summen verschlingen die Reisespesen einzelner Verwaltungsmitglieder, die zum großen Teil ganz sicherlich ihre Dienstreisen auf dem Lande auch gleich für deutschnationalistische oder nationalsozialistische Parteipropaganda auszunutzen verstehen.

Aber nicht nur die Landwirtschaftskammern, auch der sich ausgesprochen politisch betätigende Reichslandbund und andere spezielle Interessengruppen erhalten Zuschüsse und treiben mit diesen eine ungeheure Mißwirtschaft. In dem Gutachten darüber heißt es z. B.:

„... sie arbeiten fast alle viel zu teuer. Der Reichslandbund braucht jährlich 10 Millionen, die Bauernvereineigung braucht 4 Millionen, die Bauernschaft 1 Million, 16 Millionen brauchen die Genossenschaften, 1 Million deren Zentrale, 8 Millionen kosten alle sonstigen landwirtschaftlichen Verbände und Vereine. Die Zahlen sind vorsichtig und eher zu niedrig als zu hoch geschätzt. Wissen doch manche Zentralverbände, die ihren Unterorganisationen es überlassen, die Beiträge aufzubringen, selber nicht genau, was ihr Gesamtbetrieb eigentlich kostet.“

Trotzdem werden von diesen Organisationen noch ungeheure Schulden gemacht; die Umlagen unter ihren Mitgliedern werden zur Schuldenabdeckung immer höher geschraubt. Der kleine Bauer, der am wenigsten von den Osthilfegeldern usw. zu sehen bekommt, und der keinen Anteil an den Riesenspesen in all diesen Organisationen und Körperschaften hat, leidet darunter am schwersten.

Auch dieses Beispiel zeigt, daß die „einheitliche Front der Landwirtschaft“ nichts anderes ist als demagogische Bauernfängerei. Unsere Aufgabe ist es, dem Kleinbauern an Hand solcher Fälle klar zu machen, daß er in die Front der Land- und Industriearbeiter gehört, daß alle vom Kapital und vom kapitalistischen Staat unterdrückten zusammenstehen müssen.

## Große Sparkassenverluste durch die Osthilfe

Nach dem für das Jahr 1932 veröffentlichten Geschäftsbericht der Deutschen Girozentrale, an der außer den einzelnen Girozentralen mit den ihnen angeschlossenen öffentlichen Sparkassen auch private Sparkassen, Banken und Kommunalverbände beteiligt sind, ist nach hohen Abschreibungen noch ein Reingewinn von 2,2 Millionen Mark zu verzeichnen. Es wird auch wieder eine Dividende von 5 Prozent ausbezahlt, während für das Jahr 1931 keine Dividende ausgeschüttet worden war. Gegenüber der Banken- und Sparkassenpanik des Jahres 1931 zeigt sich also eine Festigung im Sparkassenwesen.

Der Geschäftsbericht der Girozentrale stellt aber zugleich auch erhebliche Verluste durch die durch die verschiedenen Notverordnungen verfügten Hilfsmaßnahmen für den verschuldeten landwirtschaftlichen Besitz fest. Durch die Osthilfe-Aktion der Regierung haben z. B. die in diesen Gebieten befindlichen Sparkassen Abstriche bis zu 50 Prozent erlitten und durch gesetzliche Zinsstundungen ebenfalls Millionenverluste zu tragen. Geklagt wird außerdem über den schlechten Zinsendienst bei vielfach verschuldeten Kommunen. Alles in allem ist die Lage der Sparkassen daher, besonders angesichts der von der Hugenberg-Regierung weiter zu erwartenden Maßnahmen, alles andere als gesichert.

## Der russische Außenhandel in den ersten 11 Monaten 1932

Soeben sind die Zahlen des russischen Außenhandels für November 1932 und damit auch für die ersten 11 Monate des vergangenen Jahres bekanntgeworden. Danach sind

auch die russische Ein- und Ausfuhr gegenüber 1931 zurückgegangen, und zwar die Einfuhr von 1019,6 Millionen Rubel Januar/November 1931 auf 647,8 Millionen Rubel in der gleichen Zeit 1932, die Ausfuhr von 745,5 Millionen Rubel auf 511,1 Millionen Rubel. Mengenmäßig sind die Ein- und Ausfuhr allerdings weniger gesunken, da in die allgemeinen Großhandelspreissenkungen und im Handel mit England, aber auch mit anderen Staaten, die Entwertung des englischen Pfundes mit zu berücksichtigen sind.

Auf die wichtigsten Länder verteilen sich die russische Ein- und Ausfuhr in den 11 Monaten Januar/November 1932 folgendermaßen:

	Ausfuhr	Einfuhr
England	120,8	83,1
Deutschland	91,2	303,6
USA	14,2	28,0
Frankreich	25,3	3,5
Italien	23,5	25,8
Persien	23,3	48,7
Schweden	5,6	20,5
Lettland	9,4	5,6
Mongolei	38,8	15,0
Holland	18,7	3,3
Tschechoslowakei	1,3	10,1

England stand an der Spitze der Länder, nach denen die Sowjetunion Waren ausführte, und Deutschland weitens an der Spitze hinsichtlich der Wareneinfuhr nach Rußland.

Die Sowjetunion hat verschiedene neue große Aufträge in Deutschland erhalten. So ist dieser Tage vor allem der schon seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit besprochene Röhrenauftrag für die russische Erdölindustrie endgültig abgeschlossen worden. Der Gesamtauftrag an verschiedene, dem Röhrenverband angeschlossene Firmen umfaßt ein Objekt von 65 Millionen RM. Die Kreditfrist für die Sowjetunion ist auf durchschnittlich 4 Jahre nach dem Lieferungs-tage festgesetzt worden.

# Politik der Woche

## Fragen

### an die Dresdner Polizei

Die folgenden Ausführungen entstammen der „Dresdner Volkszeitung“. Vieles müßte viel schärfer gesagt werden, aber wichtig ist, daß auch ein sozialdemokratisches Blatt solche Kritik üben muß.

„Aus allen Darstellungen, auch aus der des Polizeiberichts und der des Ministers im Landtag, geht hervor, daß die Versammlung aufgelöst wurde, ohne daß der Redner, der die Auflösung verursachte, vorher warnt worden wäre.“

Warum ist das nicht geschehen? Haben die mit solcher Vollmacht ausgestatteten Beamten dazu nicht die Pflicht? Liegt hier ein Mangel der Instruktion vor? Es ist furchtbar, annehmen zu müssen, daß durch eine Verwarnung die Auflösung und damit die unerhörte Zahl von Toten und Verletzten zu vermeiden gewesen wäre. Wir erinnern daran, daß selbst in der reaktionären Zeit vor dem Krieg die mit Auflösungsbezug betrauten Beamten verpflichtet waren, jeden Redner, der Veranlassung dazu gab, zu warnen bzw. den Vorsitzenden der Versammlung dazu aufzufordern.

Ferner: Es muß auffallen, daß in den amtlichen Darstellungen gesagt wird, die Beamten hätten „von sich aus ohne besonderen Befehl“ geschossen. Das klingt wie eine Entschuldigung für den das Kommando führenden Beamten, macht die Sache aber für die Polizei nur noch schlimmer. Läßt dieser Umstand nicht auf eine äußerst bedenkliche Disziplinlosigkeit, die in diesem Falle geradezu gemeingefährlich wurde, schließen? Oder haben die Beamten das Recht, in dieser Weise auf eigene Faust zu handeln? Man wird vielleicht mit der „Notwehr“ kommen. Ob sie hier vorlag, erscheint sehr zweifelhaft. Aber wenn auch — ist denn eine derartig blindwütige Schießerei zulässig?

Es sind offenbar auch keine Luftschüsse abgegeben worden, ehe in die dichte Menge der Wehrlosen gefeuert wurde.

Kein Beamter wurde verletzt! Dieser Umstand läßt etwa behauptete Notwehr in sonderbarem Licht erscheinen.

Schließlich: Kann die Dresdner Polizei mit gutem Gewissen die Frage mit Ja beantworten, ob genau so gehandelt worden wäre, wenn es sich um eine von Nazis einberufene Versammlung gehandelt hätte?

## Auch eine „Ehrung“ von Karl und Rosa

Die „Rote Fahne“ trägt an ihrer Spitze noch immer die Worte „Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“. Die gute Tradition hindert die Redakteure der „RF“ aber keineswegs, sehr schlechte Vertreter des geistigen Erbes von Karl und Rosa zu sein. Am 15. Januar wurde von ihnen ein Artikel „Der Leninismus und die Linken in der Vorkriegssozialdemokratie“ veröffentlicht. Von der ersten bis zur letzten Zeile offenbart sich dort das Unvermögen, die Bedingungen zu verstehen, unter denen die Linke in der Sozialdemokratie stand. Mehr noch. Dieser Ar-

## Die Junkerkaste beherrscht die Stunde

Auf dem Ende Januar abgehaltenen „Deutschen Kartoffeltag“ wurde von den dort vor allem vereinigten großagrarischen Interessenten die von der Regierung angekündigte Zollerhöhung freudig begrüßt. Zugleich aber wurde in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß das noch nicht genügt. Von der Regierung wird die völlige Einfuhrdrosselung kohlehydrothaltiger Futtermittel gefordert.

In demagogischer Weise wird dabei die Lage des Klein-Siedlers vorgeschoben, dessen Elend nur auf die landfremden Futtermittel zurückgeführt wird.

## Neue Millionensubvention an den Stahltrust

Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister hat die Preussische Staatsregierung rückwirkend vom 1. Juli 1932 ab die zusätzlichen Mittel zur Erhaltung der stillgelegten Arbeitsstätten im Siegerländer Bergbau nach dem Vorschlag des Kontrollausschusses genehmigt. Ferner ist die Weiterzahlung der staatlichen Subventionen bis zum 31. März 1933 genehmigt worden.

Auf Grund dieser staatlichen Beihilfen wird angeblüh mit Wirkung vom 1. Februar ab die Grube Petersbach der Vereinigte Stahlwerke AG bei Altenkirchen (Westerwald) den Betrieb in vollem Umfange wieder aufnehmen.

Die seit Jahren schon stillgelegte größte Grube „Vereinigung“ bei Witten-Sieg soll zum 1. April d. J. in Betrieb gesetzt werden. Die Tagesanlagen werden entsprechend hergerichtet.

Trotz Riesendefizit in der Reichskasse ist für Junker und Großkapital immer wieder Geld da.

tikel zeugt von einer unglaublichen Ignoranz gegenüber der Geschichte des Spartakusbundes.

Karl Liebknecht wird den Bolschewiki gegenübergestellt. Wir zitieren die „RF“:

„Der europäische, die ganze Welt umfassende Charakter eines bürgerlichen, imperialistischen dynastischen Krieges“ — das war das erste Wort der Bolschewiki. So stellte die bolschewistische Dumafraktion die Kriegfrage und rief von der Parlamentstribüne die Massen zum Kampf gegen den Krieg (und ging dafür in die Verbannung).

Liebknecht aber stimmte am 4. August für die Kriegskredite, „um die Einheit der Partei nach außen hin zu wahren“.

Kein Wort der Erläuterung der Situation am 4. August, die allein das Schwanken Karls verstehen läßt. Keine Erwähnung der völlig unterschiedlichen Bedingungen in der Sozialdemokratie beider Länder.

Doch weiter: Die Losung des Friedens ist konfus, pazifistisch, spießbürgerlich, die nur den Regierungen hilft und den revolutionären Kampf bremst. Die Losung muß sein: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. So erklären die Bolschewiki.

# An alle Arbeiter, Betriebe und Arbeiter-Organisationen!

## Aufruf der „Internationalen Hilfs-Vereinigung“ Breslau

Die politische Situation hat sich ungeheuer verschärft. Die faschistischen Organisationen sind Teile des Staatsapparates geworden. Das Programm der Hitler-Regierung ist die Niederschlagung der Arbeiterorganisationen, die Zerschlagung der Gewerkschaften, des Tarifrechts, der sozialpolitischen Einrichtungen. Hugenberg als Wirtschaftsminister, der Stahlhelmführer Seldte als Arbeitsminister bedeuten die rücksichtsloseste Kapitaloffensive zugunsten der Großindustriellen, Bankiers und Großagrarien.

Dagegen gilt es, den Kampf der Arbeiter-schaft einheitlich zu führen. Die Arbeiterorganisationen (SPD, KPD, SAP, ADGB usw.) müssen örtlich antifaschistische Kartelle bilden, in die die betrieblichen Aktionsausschüsse ihre Vertreter entsenden.

Zur Abwehr des faschistischen Terrors sind alle proletarischen Organisationen zusammenzufassen, müssen überparteiliche Abwehr-Organisationen gebildet werden.

Für den Sturz der Hitler-Regierung!

Für die Verteidigung der Arbeiterorganisationen!

Für die Verteidigung der Existenz und

Liebknecht erhebt als Losung in seiner Erklärung bei der Ablehnung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914 „ein schlechteres für keinen Fall denauigender Friede ist zu fordern“.

So hat man glücklich das Bild Karls zum Spitzbürger und Pazifisten verblasst, weil er man stelle sich das vor! 1914, mitten in der chauvinistischen Hochflut, nicht den Bürgerkrieg proklamierte. Nicht besser ergab es Rosa.

Was dann bei dieser von revolutionärer Tradition und Erfahrung nicht gehemmten Kritik herauskommt, das sieht so aus:

Lein war der beste Lehrer des Spartakusbundes. Sein bester Schüler Genosse Stalin lehrt uns, die „großen und ersten revolutionären Taten“ zu würdigen, aber auch aus ihren „ernstesten politischen und theoretischen Fehlern“ zu lernen.

Vom Spartakusbund führen zwei Wege: Einen Weg ging unsere Partei. Sie überwand die Irrtümer und Fehler Rosa Luxemburgs und der deutschen Linken, merzte schonungslos alles faule Opportunistische aus der Partei aus, bolschewisierte sich unter der Führung unseres Genossen Ernst Thälmann. Den anderen Weg gingen die Opportunisten und Renegaten vom Schlag eines Brandler und Thalheimer. Der Weg ging zurück vom Luxemburgismus und führte in Konsequenz zum Sozialfaschismus.

Wobei nur nachzutragen wäre, daß Ernst Thälmann erst 1920 den Weg zur KPD gefunden hat.

## Auslands-Rundschau

Brüssel, 1. Februar.

WTB. Die Kammer hat mit 95 gegen 75 Stimmen der Regierung das Vertrauen für die Ausübung der außerordentlichen Vollmachten ausgesprochen, mit deren Hilfe sie ihr Steuerprogramm auf dem Verordnungswege durchführen konnte.

Durch ministerielle Verordnung wird sämtlichen Heeresstellen verboten die sozialistische Zeitung „Le Peuple“ als Postsendung in Empfang zu nehmen.

Paris, 1. Februar.

Die radikale Kammerfraktion hat an Stelle des zum Arbeitsminister ernannten Abgeordneten Francois-Albert den Abgeordneten Edouard Herriot zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Es verlautet, daß Herriot auch seine Kandidatur für die Nachfolge Francois-Alberts als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Kammer aufstellen werde.

Belgrad, 1. Februar.

In einem soeben in Agram veröffentlichten Communiqué wird mitgeteilt, daß der frühere Führer der kroatischen Bauernpartei Vlatko Matschek von der Polizei provisorisch in Tschajajtsche im Drinabanat interniert worden ist, weil er als mißvertraute Nachricht verbreitet habe.

Batavia, 1. Februar.

In dem Flottenstützpunkt Soerabaja sind außer den 40 europäischen Matrosen, die sich wegen der gestrigen von uns gemeldeten Gehorsamsverweigerung auf niederländischen Kriegsschiffen zu verantworten haben, noch etwa 30 eingeborene Marineangehörige verhaftet worden. Die Lage wird jedoch nicht mehr als beunruhigend angesehen. Sämtliche Einheiten der Flotte haben den Hafen zu Uebungsfahrten verlassen. Die eingesetzten Abteilungen des Landheeres sind in ihren Garnisonen zurückgekehrt. Eine militärische Untersuchungskommission ist zur völligen Klärung der Gehorsamsverweigerungen eingesetzt worden.

Rechte der Gewerkschaften, der tariflichen und sozialpolitischen Rechte der Arbeiter!

Für Aufhebung aller Notverordnungen!

Für Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Besitzenden!

Schluß mit Passivität und Illusionen!

Gegen die faschistische Konzentration von Nazis, Deutschnationalen und Stahlhelm die Konzentration der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen!

Arbeiter, Genossen, nehmt in Euren Betrieben, in Euren Organisationen Entschlüsse in diesem Sinne an, um auch dadurch die Führung Eurer Organisationen zum gemeinsamen Kampfe zu drängen!

Sendet uns Anschriften solcher Entschlüsse!

Stärkt die Solidarität der Arbeiterklasse durch Euren Beitritt zur IHV!

Achtung! Achtung!

An alle Einzelbezieher!

Das Bezugsgeld für Februar ist fällig! Pünktliche Bezahlung sichert pünktliche Lieferung der „SAZ“. Alle Zahlungen sind zu richten an Walter Geburt, Breslau, Postscheckkonto 75 789 „SAZ“-Geschäftsleitung.



## Öffentliche SAP-Versammlung in Groß-Mochbern

Sonderbericht der SAZ.

Über 400 Proletarier — darunter sehr viele Frauen — waren am Mittwoch dem Ruf der SAP gefolgt und in einer öffentlichen Versammlung erschienen.

Genosse Kirstein, Breslau sprach über das Thema „die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Er zeigte klar und deutlich auf, daß die Regierung Hitler das Ergebnis der bisherigen reaktionären Politik in Deutschland ist. Die SPD mit ihrer staatsbehaltenden bürgerlichen Politik trägt einen großen Teil Schuld daran. Er erinnerte an die Parolen von kleineren Übel, an die Losung „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg“. Alle diese Dinge haben die Arbeiterklasse demoralisiert und Hitler den Weg geebnet. Die SAP hat das Ergebnis der Staatsmännerei und Folerierungspolitik der Arbeiter vorausgesagt, und recht behalten. Produkte dieser Politik sind Fälle wie August Klose in Gr. Mochbern, wenn diese Sorte Arbeiterführer in die „feine“ Gesellschaft kamen vertragen sie, was sie für Pflichten haben.

Auch die KPD trägt mit ihrer Phrasendrescherei und Parolenschusterlei viel Schuld. Sichtbar ist das besonders deutlich geworden am 20. Juli 1932 und vorgestern.

Adolf Hitler wird keine seiner großen Versprechungen den armen Leuten gegen-

## SIV. Breslau

Am Sonntag, 5. Februar, vorm. 10 Uhr, im Helm Sonnenstraße:

### Schulungskursus

Gen. Enderle spricht über: „Wie geht der Marxist an die Lösung der Tagesfragen?“

über einlösen. Arbeitsdienstpflicht und brutalste Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung, das wird das Kabinett Hitler, Papen durchführen. Über den Faschismus zum neuen Krieg, zur völligen Barbarei, das ist der Weg der neuen Regierung. Die Arbeiterklasse muß bessere, neue Wege beschreiten, bei allen außerparlamentarischen sowie parlamentarischen Kämpfen, der nationalen Konzentration Hitler-Hugenberg entgegen zu setzen die proletarischen Konzentrationen von SPD, KPD und SAP.

Der starke Beifall bewies, daß die Arbeiterschaft immer mehr Verständnis für unsere Politik bekommt.

Nachdem Genosse Sommer die Anwesenden aufforderte als Kämpfer in die Reihen der SAP zu treten, schloß Genosse Freitag nach Bekanntgabe einiger örtlicher Angelegenheiten die Versammlung mit einem „Kampfbereit“. Obwohl wir am 6. November nur 17 Stimmen in Gr. Mochbern erhielten, hat die Versammlung gezeigt, daß die Arbeiterschaft in wachsendem Maße zur SAP Vertrauen gewinnt. Wir freuen uns schon im voraus auf unsere nächste Todesanzeige in der Volkswacht. Die Saplerekte.

## Doppelselbstmord aus wirtschaftlicher Not

Görlitz, 2. Februar.

Heute morgen wurde der im 60. Lebensjahr stehende Generalagent Richard Wagner mit seiner gleichaltrigen Ehefrau in seiner Wohnung von Hausbewohnern tot aufgefunden. Das Ehepaar war durch Einatmen von Gas freiwillig aus dem Leben geschieden. In einem hinterlassenen Briefe wird wirtschaftliche Notlage als Grund zum Selbstmord angegeben.

Grünberg, 2. Februar.

Der Gutverwalter Burdas aus Naumburg am Bober, der seit dem 16. Januar vermißt wurde, ist jetzt aus der Oder als Leiche geborgen worden. Burdas soll aus wirtschaftlichen Sorgen Selbstmord begangen haben.

## Liebestragödie

Waldenburg, 2. Februar.

In der Nacht zum Donnerstag stürzte sich der 20jährige Arbeiter Alfred Ulber in der Nähe der Stadtparkesiedlung vor einen von Dittersbach nach Waldenburg fahrenden Zug und wurde sofort getötet. Ulber war zuletzt als Landarbeiter im Reimswaldau beschäftigt. Als von Dittersbach aus eine Lokomotive mit einem Wagen abgesandt wurde, um die Leiche einzuholen, warf sich die Braut des Ulbers, Fräulein Steinberg aus Altwasser, vor diese Lokomotive. Sie wurde beiseite geschleudert und mit erheblichen Verletzungen ins Kreis Krankenhaus eingeliefert. Aus Briefen, die man bei Ulbers und dem Mädchen fand, gehen Selbstmordabsichten hervor.

## Oppositions-Versammlung

der im Freidenkerverband organisierten Genossen.

Am Montag, den 6. Februar, 20 Uhr, im Zentral-Ballsaal

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Freidenkermittgliedsbuches und nur gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher der SAP, KPD und KPO.

# Unser Einheitsfront-Wille

Als wir erfuhren, daß die „Eiserne Front“ am Sonntag in Breslau demonstrieren will, haben wir unverzüglich folgendes Schreiben an sie gerichtet:

2. Februar 1933

„An die Leitung der „Eisernen Front“ z. Hd. des Vors. des ADGB, Breslau, Herrn Max Ruffert, hier

Wie wir aus der „Volkswacht“ ersehen, beabsichtigt die „Eiserne Front“ am Sonntag eine Protestdemonstration gegen die Hitlerregierung durchzuführen.

Wir wollen jede Gelegenheit benützen, um nach Außen zu zeigen, daß die Arbeiterschaft in dem Augenblick des Vorstoßes der gesinnten Reaktion alles tut, um auch die proletarische Einheitsfront zu schaffen. Wir schlagen Euch deshalb vor, daß sich die Sozialistische Arbeiter-Partei geschlossen an der Demonstration beteiligt. Zu einer Rücksprache über die notwendige Verständigung zur Durchführung dieser Demonstration, stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Um noch rechtzeitig in der Zeitung werben zu können, erbiten wir einen baldigen Bescheid. Mit sozialistischem Gruß

gez. Rausch.

Bis Schluß der Redaktion ist keine Antwort eingegangen.

Wir werden uns aber trotzdem an der Demonstration beteiligen.

Alles Nähere wird morgen in der Zeitung bekannt gegeben.

## Zur innerparteilichen Auseinandersetzung

In Liegnitz

Die Genossen der Liegnitzer SAP haben folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die ungeheure Verschärfung der politischen Lage, die Inaktivität der beiden großen Arbeiterparteien machen die SAP heute nötiger denn je. Unsere junge Partei kann ihre große Aufgabe im proletarischen Befreiungskampf nur erfüllen, wenn es ihr nicht nur gelingt, im praktischen Tageskampf der Klasse in vorderster Linie zu stehen. Es wird ebenso nötig sein, die Front der Tageskämpfe um praktische Teilforderungen klar auf die in der Prinzipienklärung niedergelegten Grundsätze auszurichten. Nur wenn Praxis und Theorie in sicherem Einklang stehen, dürfen wir auf das wachsende Vertrauen der durch den Zick-Zack-Kurs von KPD und SPD enttäuschten Massen rechnen. Der schwierigen, aber notwendigen Aufgabe, Theorie und Praxis auch im Tageskampf aufeinander abzustimmen, kann nur eine Parteilichkeit gewachsen sein, die selber einhellig auf dem Boden der Prinzipienklärung steht. Wir teilen nicht die Befürchtung der Parteivorstandsmehrheit, daß eine straffere Ausrichtung der leitenden Funktionäre auf die in der Prinzipienklärung niedergelegten Grundsätze schon zum Dogmatismus führen müsse. Wir sind im Gegenteil überzeugt, daß die in der Prinzipienklärung geforderte, in einem lebendigen Funktionärstamm fest verankerte demokratische Form des Zentralismus, der freien Diskussion, dem Einfluß der breiten Mitgliedermassen im Unterschied zu SPD und KPD einen sehr großen Spielraum läßt.“

In Brieg

„Zu § 16 des Parteistatuts beantragen wir als 3. Absatz: Ortsgruppen der Partei, die wegen Mangels an Geldmitteln ihr Delegationsrecht zum Parteitag nicht wahrnehmen können, sind bei der Abstimmung über Fragen, die auf dem Parteitag entschieden werden, voll als Stimme zu werten, wenn sie durch eindeutige Anträge ihre Stellungnahme dazu festgelegt haben.“

Zum Punkt 3 der Tagesordnung des Parteitages beantragen wir: Der Parteitag wolle beschließen, daß der Parteivorstand in derselben Zusammensetzung wie bisher wiedergewählt wird, mit den Genossen Seydewitz und Rosenfeld als Vorsitzenden.“

In Kreuzburg C.-S.

„Zur Durchführung der Aufgaben einer revolutionären Partei und zur erfolgreichen Lösung der politischen Tagesaufgaben ist es unbedingt notwendig, daß die Partei und vor allem ihre Führerschaft geschlossen und fest zu ihrer Prinzipienklärung steht.“

## Oberschlesische Wirtschaftskrise

in Kilowattstunden ausgedrückt

Gleiwitz.

Die Rückwirkung der Wirtschaftskrise auf die Elektrizitätswirtschaft, die im Laufe des Jahres 1930 einsetzte, hat sich im Laufe des Jahres 1931 und erst recht 1932 weiter verschärft. Diese Erscheinung trifft im besonderen auch für Oberschlesien zu, wo sich jedoch der Anteil des aus Gas in öffentlichen Werken erzeugten Stromes im Jahre 1931 gegenüber 1930 noch weiter steigern konnte.

Die Stromerzeugung der öffentlichen Werke ging in Oberschlesien von 255,9 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1930 auf 223,1 Millionen zurück.

obwohl sich die Leistungsfähigkeit der Stromerzeuger im gleichen Zeitraum von 86 200 Kilowatt auf 87 600 Kilowatt steigerte. Den stärksten Anteil am Ausgangsprodukt haben in Oberschlesien nach wie vor die Steinkohlen, aus denen 1931 allein insgesamt 100,8 Millionen Kilowattstunden gewonnen wurden, während nur 6,1 Millionen aus Wasserkraft und 15,8 Millionen aus Gas gewonnen wurden. Mit der letzteren Ziffer steht Oberschlesien

absolut genommen an der Spitze sämtlicher preußischen Provinzen und deutschen Länder, wurden doch in Preußen insgesamt nur 23,7 Millionen und im Reich 29 Millionen Kilowattstunden aus Gas gewonnen.

## Weg mit dem § 218

Verhaftung wegen Kindesmordes

Grünberg, 2. Februar.

Wegen vorsätzlicher Kindesmordung wurde die Hausangestellte B. aus der Kolonie Mühlendorf verhaftet. Sie ist geständig.

In die Strohprelle geraten

Trebnitz, 2. Februar.

Auf dem Dominium Langenau geriet die Frau des Schaffers mit dem Arm in die Strohprelle. Der Arm wurde ihr völlig zermalmt und mußte im Krankenhaus abgenommen werden.

Eines Rentners Tod

Breslau, 2. Februar.

Der 70jährige Sozialrentner, frühere Schiffer Wilhelm Sch. erlitt am 26. Januar in

seiner Wohnung an Waldchen, als er auf dem Treppenhof Wasser holte, einen Schwächeanfall. Er stürzte hin und zog sich Rippenbrüche und einen Armbruch zu. Der heftigere Arzt ordnete die Überführung in das Allerheiligen-Hospital an, wo Sch. am 30. Januar an den Folgen dieser Verletzungen und lungentzündlicher Lungenerkrankung verstarb.

## Zuchthausstrafe für eine Brandstifterin

Görlitz, 2. Februar.

In der Nacht zum 8. September v. J. ging in Rauscha ein nicht bewohntes Häuschen in Flammen auf. Die Ermittlungen ergaben, daß das Feuer im Innern des Hauses entstanden war und sich dort verbreitet hatte. Der Verdacht, das Besitztum angezündet zu haben, lenkte sich auf die Eigentümerin des Hauses, Frau Lina Pürschel aus Rauscha, die auch nach längeren Vernehmungen die Brandlegung zugab. In Verbindung mit dieser Brandstiftung hatte sich Frau Lina Pürschel vor dem Görlitzer Schwurgericht zu verantworten, die gleichzeitig des Versicherungsbetruges angeklagt war. In der Verhandlung widerrief die Angeklagte ihr Geständnis und behauptete, daß der Brand von außen her aus Rache von ihr feindlich gesinnten Personen angelegt worden sei. Das Gericht ließ diese Einwendungen unberücksichtigt und verurteilte die Angeklagte auf Grund eines Indizienbeweises zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

## Proleten-Vorschau

Von der Leitung des Proleten wird uns geschrieben: „Lachen und Ernst ist wieder im Wochenprogramm vom Proleten zu finden. Lachen über die Optimisten in der emüsiert erdachten Tonfilmgeschichte: „Es wird schon wieder besser“. Fritz Grünbaum, Dolly Haas, Heinz Rielmann, Ernst Verbech haben sich unter der Leitung des Regisseurs Kurt Geon zu einem kurzweiligen Lustspiel zusammengefunden. Das Filmthema basiert auf unserer Gegenwart, auf all den Dingen, die den Menschen von heute zur lieben Gewohnheit geworden sind. Das ist die ewige Geldklemme mit tausend Begleit- und Folgeerscheinungen, die in den Gefilden der heiteren Filmkunst an Härten verlieren. „Es wird schon wieder besser.“ Mit dieser Parole wird Kohldampfschieben, Stellungssuche, ja sogar 14 Tage Moabit überwunden. (Allerdings keine Klassenkampfpolemik! Anmerkung der Red.). Als zweiter Schläger mit einer etwas ernsteren Note zeigt das Programm: „Verkaufte Liebe“. Ein Film, der uns hinter die Kulissen eines modernen Wahlkampfes führt und mit einer spannenden Handlung den Zuschauer fesselt. Von besonderem Interesse ist dieser Spitzenfilm der Amerikanischen Filmproduktion, weil die Hauptdarstellerin Joan Crawford in Amerika die stärkste Klassenkampfpolemik Anmerkung der Red.). Als zweiter Schläger mit einer etwas ernsteren Note zeigt das Programm: „Verkaufte Liebe“. Ein Film, der uns hinter die Kulissen eines modernen Wahlkampfes führt und mit einer spannenden Handlung den Zuschauer fesselt. Von besonderem Interesse ist dieser Spitzenfilm der Amerikanischen Filmproduktion, weil die Hauptdarstellerin Joan Crawford in Amerika die stärkste Klassenkampfpolemik Anmerkung der Red.).

Sonntag 3/3 Uhr findet die beliebte Kindervorstellung statt.



**Die Roten Raketen**  
Berlin kommen

## Am Lautsprecher

Vom 5. Februar bis 11. Februar 1933:

Sonntag, 6.35: Hafenkonzert, 9.10: Ratgeber am Sonntag, 12.00: Konzert der 200 Jazzmusiker, 13.05: Mittagskonzert, 14.00: Unsere Heimat, 15.00: Mittagsberichte, 15.10: Geräusches — Ungewöhnliches, 15.30: Volkswirtschaftliche Tagesausdrücke, 16.00: Kinderfunk, 16.30: Unterhaltungskonzert, 18.30: Der Zeitdienst berichtet, 20.00: Udine, 22.40: Tanzmusik.

## Bestler! Einzeltelle, Rundfunkgeräte Elektra-Radio

nach wie vor, nur im Knick der Hilkolstr. 18/19, keine Filialen. — Teilzahlung.

Montag, 6.15: Funkgymnastik, 6.35: Morgenkonzert, 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen, 10.10 bis 10.40: Schulfunk für Volksschulen, 11.30: Für die Landwirtschaft, Schloßkonzert, 13.05: Mittagskonzert, 15.35: Das Buch des Tages, 16.00: Zwischen Preußen und Oesterreich, 16.20: Unterhaltungskonzert, 17.30: Die Gestaltung der arbeitsfreien Zeit bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen, 17.50: Berichte aus dem geistigen Leben, 18.15: Pünfundzwanzig Minuten Englisch, 19.00: Wesen und Heilungsaussichten der Blutkrankheiten, 19.30: Edith Lorand spielt, 22.35: Funktechnischer Briefkasten, 22.45: Winterlandschaft im Eulengebirge.

Dienstag, 6.15: Funkgymnastik, 6.35: Morgenkonzert, 10.10—10.40: Schulfunk für höhere Schulen, 11.50: Aus deutschen Opern, 13.05: Mittagskonzert, 14.05: Mittagskonzert, 15.40: Kinderfunk, 16.10: Konzert, 17.00: Das Buch des Tages, 17.25: August Friedrich Krause, 18.50: Stoffwechselkrankheiten, ihr Wesen und ihre Behandlung, 19.20: Solistenkonzert.

21.40: Politische Zeitungsschau, 22.35: Aufführungen des Breslauer Stadttheaters, 22.50: Ernstes und Heiteres von der Feuerwehr, 23.05: Spätkonzert.

Mittwoch, 6.15: Funkgymnastik, 6.35: Morgenkonzert, 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen, 11.30: Für die Landwirtschaft, Mittagskonzert, 13.05: Mittagskonzert, 16.00: Unbekannte Größen deutscher Dichtung, 16.30: Schumann-Duette, 17.00: Das Buch des Tages, 17.15: Orthopädie, 17.40: Kammermusik, 18.30: Abendmusik, 19.30: Für die Landwirtschaft, 20.00: Es geht im! 21.10: Kabarett auf Schallplatten, 22.30: Tanzmusik.

Donnerstag, 6.15: Funkgymnastik, 6.35: Morgenkonzert, 10.10—10.40: Schulfunk für Volksschulen, 11.50: Konzert, 13.10: Mittagskonzert, 15.50: Das Buch des Tages, 16.10: Hausmusik für Harmonium, 16.30: Nachmittagskonzert, 17.30: Kinderfunk, 18.00: Stunde der Musik, 18.35: Stunde der Arbeit, 19.00: Herzkrankheiten, 19.30: Abendmusik, 20.00: Richard Wagner, 22.30: Zehn Minuten Arbeiter-Esperanto, 22.40: Ländliche Reitvereine in Schlesien.

Freitag, 6.15: Funkgymnastik, 6.35: Morgenkonzert, 8.15: Für die Landwirtschaft, Funkgymnastik für Hausfrauen, 8.30: Stunde der Frau, 9.10—9.40: Schulfunk für Berufsschulen, 11.30: Für die Landwirtschaft, Blasenzert, 13.05: Mittagskonzert, 14.05: Mittagskonzert, 15.40: Jugendfunk, 16.10: Heitere

## Beim Funk-Frank

Brüderstraße 47 Bockauer Str. 10 werden Sie real und fachm. bedient!

Elektro-Radio-Foto-Bedarf eig. Fachm. AKKU-Ladestation Leih-Akkus! Anoden 100 Volt von RM. 4.50 an.

Stunde, 17.00: Unterhaltungskonzert, 17.30: Vom Wesen der Krankheit, 19.00: Abendmusik, 20.00: Was sind Erkältungskrankheiten und wie schützt man sich vor ihnen? 20.30: Sepp Summer singt, 21.10: Tanz und Lieder.

Sonabend, 6.15: Funkgymnastik, 6.35: Morgenkonzert, 11.30: Für die Landwirtschaft, Mittagskonzert, 13.05: Schallplattenkonzert, 14.00: Weltmeisterschaft im Zweierbob, 15.15: P. J. S. Wettkämpfe, 16.30: Blick auf die Leinwand, 16.50: Unterhaltungskonzert, 17.30: Das Buch des Tages, 17.45: Volksgläube, Hausmittel und Zahnheilkunde, 18.10: Die Zusammenfassung, 18.40: Unterhaltungskonzert, 19.30: Für die Landwirtschaft, 20.00: Film! 21.25: Filmmusik in allen Stilen, 22.35: Tanzmusik vom Bohème-Ball.



**ORGANISATIONS-NACHRICHTEN**

Bezirk Mittelschlesien Sekretariat: Breslau, Gartenstraße 21, 1111 Telefon 567 68

Distrikt 18, 21, 22. Heute abend Frauenversammlung, Heim Mehlgasse, Redner: Gen. Rasch.

Distrikt 2. Montag, den 6. Februar, Distriktversammlung bei Ulrich, Viktorialstr., Redner: Gen. Schuler

Distrikt 16, 17, 20. Montag Frauenversammlung, Karl-Marx-Heim, Redner: Gen. Reinsner

Distrikt 28. Dienstag, 7. Februar, Distriktversammlung bei Nickel, Opitzstr., Redner: Gen. Klose.

Sekretariat: Gartenstraße 21, 111 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr

SIV-Referentenschule kann am Sonnabend nicht stattfinden sondern erst nächste Woche Freitag. Einladungen sind also hinfällig.



# Sachsenseite der SAZ

## Glaubitz bei Niesa

Zum ersten Male zieren drei Nazis das Glaubitzer Gemeindepalament. Zum Verordnetenvorsteher wurde mit den Stimmen der Linken der bisherige Vorsteher Zanker, zu seinem Stellvertreter unser Genosse Albrecht gewählt. Die Wahl der zwei stellvertretenden Bürgermeister ergab die Wahl zweier Sozialdemokraten, da die Rechte keine Vorschläge machte. Nun erfolgte die Wahl der Ausschüsse. Unser Genosse Albrecht als einziger Vertreter der SAP ist im Finanz- und Wohnungsausschuss vertreten. Aus den Kreisen der Mieter wurde unser Genosse Hirsch in den Wohnungsausschuss und als Vertreter der Erwerbslosen unser Genosse Marx in den Fürsorgeausschuss vorgeschlagen und gewählt. Bezeichnend ist, daß für den Fürsorgeausschuss aus den Kreisen der Einwohnerschaft von der Rechte kein Vorschlag gemacht wurde, wovon man ersehen kann, welches Interesse diese Leute für die Not der Ärmsten haben. Die zahlreich erschienenen Zuhörer waren durch das provokatorische Auftreten der Nazis begehrtlicher Weise sehr erregt. Auf Grund dieser Tatsache stellte unser Genosse Albrecht den Antrag: Die Nazis dürfen auf keinen Fall wieder in Uniform zur Sitzung erscheinen, andernfalls die Linke geschlossen die Sitzung verläßt und so Beschlussfähigkeit herbeiführt. Dieser Antrag fand gegen die geschlossene Front der Nazis und Hausbesitzer Annahme. Von den Zuhörern wurde der Beschluß freudig begrüßt.

### SAP-Veranstaltung

Wir weisen schon heute auf unsere nächste Mitgliederversammlung hin, die Sonnabend, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Leckwitz in Form eines proletarischen Unterhaltungsabends stattfindet. Ausführende sind die „Roten Raben“ aus Chemnitz, eine famose Spielgruppe von acht Genossen. Kein Eintrittsgeld! Alle Genossen mit ihren Angehörigen, darüber hinaus aber alle „Kampfsignal“-Leser sowie Freunde der SAP sind zu diesem Abend schon heute herzlich eingeladen! Werbt für einen vollen Saal!

## Kamenz i. Sa.

In unserer Jahresversammlung konnte man erschen, was für ein arbeitsreiches Jahr hinter uns liegt. An Versammlungen fanden statt: 12 Mitglieder, 7 Öffentlichkeits in Kamenz, 14 Öffentlichkeits auswärts sowie 31 Vorstandssitzungen. Trotz der 5 Wahlen, wo wir uns sehr aktiv beteiligten, um unter der breiten Masse Aufklärung zu schaffen, sind die Kassenverhältnisse gut. Auf Grund unserer intensiven Organisationsarbeit steht unsere Ortsgruppe gefestigt da. Unseren Mitgliederstand von 35 am Anfang des Jahres konnten wir auf 123 erhöhen. Auch die Zahl der Zeitungsläser hat sich vermehrt, insbesondere das Kampfsignal. Anerkennung zollten die Mitglieder den Funktionären unserer Ortsgruppe für die geleistete Arbeit. Am 7. Februar, 20 Uhr, findet im Gasthaus zum Löwen ein öffentlicher Vortrag des Gen. Steinberg mit Aussprache statt. Sorgt für recht zahlreichen Besuch. Eintritt 0,10 Mk. Karten sind bei den Funktionären zu haben.

Regelmäßige Besucher der SAZ sind: Albertumsschänke J. Amier, Gasthaus zum Löwen, Gasthaus zur Sachsenfreude, Albert Haufe, Friseur, Martin Golde, Friseur. Des Kampfsignals: Friseurgesch. A. Haufe, Friseurgesch. Trimler, Schuhreparaturwerkstatt Willy Falten, Möbelgesch. Willi Geigendorf, Molkerei Domschke.

## Mylau i. U.

Es dämmerl, wenn auch langsam nur... 34 Einwohner sind im letzten Jahre aus der Kirche ausgetreten, im vorhergehenden allerdings 71. Es gilt überall in Stadt und Land, bei Freunden und Bekannten, unermüdet für den Kirchenaustritt zu werben.

Fußball. Das mit größter Spannung erwartete Treffen zwischen den beiden 1. Mannschaften „Vorwärts“-Netzschkau und Freie Turnerschaft Mylau fand am letzten Sonntag in Netzschkau statt. Gleich bei Beginn nahm Mylau die Führung in die Hand, worauf Netzschkau auswich. Ergebnis 4:4. Der Stand der 2. Mannschaften 6:6. Beim Spiele der 3. Mannschaften hatte Netzschkau mit 4:3 gegenüber Mylau den Vorrang. Die Mylauer Mannschaften hielten sich auch an diesem Tage wacker. Sämtliche Spiele wurden von einer überraschend großen Zuschauerzahl aufmerksam verfolgt.

Wintersport. Die Freie Turnerschaft veranstaltete am Sonntag vormittag ein gut verlaufenes Wintersportfest. Teilnahme äußerst zahlreich. Start: Lampziger Höhe, Ziel: Badenshall Mylau. Der Lauf wurde in vier Abteilungen durchgeführt: 1. Sportler 6 km, 2. Sportlerinnen 3 km, Knaben 3 und 2 km. Trotz des zum Teil schneigen Geländes wurden gute Laufzeiten herausgeholt: a) 28,25 Min., b) 23,56 Min., c) 22,15 Min., d) 14,10 Min. Allerdings mußte festgestellt werden, daß die Strecke in einzelnen Fällen mehr als wie die genannten km-Zahlen betrug. Anschließend folgte ein Training in technischer Beziehung. Am Nachmittag meldete ein Skimarsch nach Schneidbach einen würdigen Abschluß des Wettbewerbes.

Freie Turnerschaft Mylau: Auf die am Sonnabend, den 11. Februar, in der Halle stattfindende große öffentliche Abendunterhaltung des Spielmannszuges sei auch an dieser Stelle hingewiesen und die Einwohnerschaft zu recht zahlreichem Besuche eingeladen. Genossen und Genossinnen, unterstützt mehr wie bisher euer Heim und die Veranstaltungen der Freien Turnerschaft.

Seit 1. Januar liegt der „Kurier“ im Restaurant „Goldene Höhe“ aus.

## Nünchritz

Jahreshauptversammlung der Freidenker. Im Gegensatz zu der vorjährigen Hauptversammlung, die durch die Versuche einiger fanatischer SPD-Leute, mit Hilfe von Fraktionssitzungen, Schreiben des SPD-Sekretariates Meißen an den Freidenkerbezirk Dresden usw., den der SAP angehörenden langjährigen Vorsitzenden Gen. Joppich abzuhalfen, einen sehr stürmischen, für die SPD-Fanatikler allerdings blamablen Verlauf nahm, verlief die diesjährige Hauptversammlung sehr ruhig. Nachdem Genosse Palm-Großhain einen instruktiven Vortrag über das Leben von Karl Marx gehalten hatte, gab Gen. Joppich den Jahresbericht, der deutlich erkennen ließ, wie das letzte Jahr mit seinen vielen Wahlen und der erstarkenden Reaktion auch unsere freigeistige Arbeit gehemmt hat, ohne daß wir allerdings Grund haben, verzweifelt in die Zukunft zu schauen, sondern vielmehr im kommenden Jahre mit frischer ungebrochener Kraft unbedacht unserer politischen Einstellung darauf bedacht sein müssen, kulturpolitisch weiter vorzustoßen. Die darauf folgenden Wahlen erfolgten sämtlich einstimmig (rund 100 Besucher) und waren rasch erledigt. Nennenswerte Änderungen sind nicht erfolgt. Erfreulich war zu hören, daß in dem kleinen Orte Leckwitz 51 Prozent aller Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet sind, während es in den weit größeren Arbeiterorten Nünchritz und Glaubitz in dieser Hinsicht noch viel zu tun gibt.

Die Jugendfeier findet am 26. 3. vorm. 9,30 Uhr im Jugendhaus Nünchritz statt. Die Weherede hält in diesem Jahre unser Gen. Joppich. An der Feier nehmen nach den bisherigen Meldungen 17 Kinder teil, eine Zahl, die im Hinblick auf die Stärke der hiesigen Arbeiterbewegung leider gar nicht befriedigen kann! In Anbetracht des vor der Tür stehenden neuen Schuljahres sollten es sich alle Arbeitereltern zur unbedingten Pflicht machen, ihre Kinder von dem nur der Stützung der bürgerlichen Klassenideologie dienenden Religionsunterricht unverzüglich abzumelden. Weiter sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die hiesige

Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes bis Ende März für alle Neuaufnahmen kein Eintrittsgeld erhebt, eine Gelegenheit, die sich viele Arbeiter, die innerlich mit der Kirche längst gebrochen haben, zunutze machen sollten!

## Radebeul

Die Mandate des neugewählten Stadtverordnetenkollegiums verteilen sich wie folgt: Nazis 6, Bürgerliche Einheitsliste 5, Deutschnationale Volkspartei 2, SPD 6, KPD 3, SAP 1.

1. Stadtverordneten-Sitzung. Bürgermeister Knauth eröffnet und leitet die Wahlhandlung. Vorschläge zum Stadtverordnetenvorsteher: Nazis; Fabrikbesitzer Burghagen, bürgerliche Einheitsliste: Dr. Thoenes, SPD: Brüll, KPD: Zichl. Stimmen entfallen auf Nazis 8, Einheitsliste 5, SPD 7, KPD 2, eine wegen Schreibfehler ungültig. 2. Wahlgang: Nazis 13, SPD 7, KPD 3. Nazi-Fabrikbesitzer Burghagen ist gewählt und nimmt an.

Ein Antrag der KPD und SPD verlangte, daß die im Vorhaus des Rathauses Wartenden zu den Tribünen zugelassen werden.

Bei der Wahl zum 1. Stellvertreter wird Thoenes mit 13 Stimmen gewählt. Dr. Weidemüller wird mit 9 gegen 7 Stimmen als 2. Vertreter gewählt. Bei diesem Wahlgang wäre es möglich gewesen, den sozialdemokratischen Kandidaten Brüll in den Vorstand zu wählen, wenn sich die drei Vertreter der KPD entschließen konnten dem Vorschlag die Stimme zu geben. Unser Genosse Schmieder, welcher für die Vorschläge der SPD gestimmt hatte, gab eine Erklärung ab und kritisierte das Verhalten der KPD. Es folgten die Ausschuwahlen. Durch angestrebte Verhandlung mit beiden proletarischen Parteien (bei welcher uns die KPD von vornherein die kalte Schulter zeigte) gelang es, den Genossen Schmieder mit auf den Vorschlag der SPD zu bringen, ohne dabei irgendwelche Bedingungen einzugehen. Er ist vertreten im Bauausschuß, Sparkassenausschuß, Verbandsausschuß, Elektrizität und andere kleine Ausschüsse. Da sich die drei kommunistischen Vertreter auf einen gemeinsamen Vorschlag der Linken nicht einlassen, sind sie in verschiedenen wichtigen Ausschüssen nicht vertreten.

Zum Schluß lagen noch drei Dringlichkeitsanträge vor. Nazis und Deutschnationale Volkspartei verlangten Abschaffung der Diäten. Die Anträge wurden dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen. Daß es nur Agitationsanträge sind, ist durchsichtig, da ja von den Reichs- und Landtagsabgeordneten dieser Parteien die Diäten gern und reslos abgehoben werden, auch wenn sie den Sitzungen fernbleiben. Ein Dringlichkeitsantrag der KPD verlangte, daß die in den Gas- und Elektrizitätsverband entsandten Vertreter für Gas- und Stromverbilligung und Wegfall der Grundgebühr für Hilfsbedürftige zu stimmen haben. Genosse Schmieder verwies darauf, daß es für einen Arbeitervertreter eine Selbstverständlichkeit sei, solchen Anträgen im Interesse der Hilfsbedürftigen zuzustimmen.

Zwickau Jugendweihe 1933. Der Deutsche Freidenkerverband veranstaltet auch dieses Jahr in Gemeinschaft mit den proletarischen Organisationen eine Jugendweihe. Alle Vorbereitungen sind schon getroffen und die Vorarbeiten in vollem Gange. Es ergeht daher an alle Arbeiter, gleich welcher Parteirichtung, die der Kirche den Rücken gekehrt haben, der Ruf, ihre Kinder, die Ostern 1933 die Schule verlassen, der Jugendweihe zuzuführen. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. Februar abgegeben werden. Nähere Mitteilungen ergehen noch. Anmeldungen nehmen entgegen: „Volksblatt“-Buchhandlung, Bosenstraße 16, Freidenker-Geschäftsstelle, Innere Plauenische Straße 14, Hermann Winkler, Pöhlauer Straße 33, Rudolf Jäger, Heinrichstraße 28 II, Arno Stoll, Mittelstraße 8 (Hinterhaus), Fritz Gerber, Marienthaler Straße 4, Hermann Unger, Gutenbergstraße 14, Konrad Fuhrmann,

## Zwickau

Jugendweihe 1933. Der Deutsche Freidenkerverband veranstaltet auch dieses Jahr in Gemeinschaft mit den proletarischen Organisationen eine Jugendweihe. Alle Vorbereitungen sind schon getroffen und die Vorarbeiten in vollem Gange. Es ergeht daher an alle Arbeiter, gleich welcher Parteirichtung, die der Kirche den Rücken gekehrt haben, der Ruf, ihre Kinder, die Ostern 1933 die Schule verlassen, der Jugendweihe zuzuführen. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. Februar abgegeben werden. Nähere Mitteilungen ergehen noch. Anmeldungen nehmen entgegen: „Volksblatt“-Buchhandlung, Bosenstraße 16, Freidenker-Geschäftsstelle, Innere Plauenische Straße 14, Hermann Winkler, Pöhlauer Straße 33, Rudolf Jäger, Heinrichstraße 28 II, Arno Stoll, Mittelstraße 8 (Hinterhaus), Fritz Gerber, Marienthaler Straße 4, Hermann Unger, Gutenbergstraße 14, Konrad Fuhrmann,

Romerstraße 5, und Konsum, Karl-Keil-Str., Heinrich Hunze, Roßstraße 8-10, Kurt Horbach, Altenburger Straße 9, Otto Wegner, Uhlandstraße 44, Albert Hellbig, Bahnstr. 31, Max Eger, Reutherweg 1, Otto Müller, Niederhöndorfer Str. 17, Max Gündel, Uhlandstraße 11, Walter Grunert, Werkstättenstr. 5, Friedrich Berkner, Ackerer Schneeburger Straße 82, Paul Seidel, Barackenstraße 1, Willy Vogel, Karl-Wolf-Straße 1, Artur Hofmann, Hauptstraße 11, Gustav Glate, Dortheenstraße 18, und sämtliche weltlichen Elternräte. Jugendwehausschuß 1933.

### Versammlungskalender

Schutzbund u. SAP, Ortsgruppe Mylau: Freitag, 7. Februar, in der Turnhalle Zusammenkunft aus informatorischen Gründen betr. Urwahl zum Reichsparteitag. Mitgliedsbücher mitbringen! Restloses Erscheinen wird erwartet.  
Genossenschaftler der SAP: Sonnabend, 4. Februar, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Freien Turnerschaft Mylau Genossenschafterversammlung der Mylauer Verteilungsstellen. Freier Aussprache-Abend. Alle Wünsche und Beschwerden werden entgegen genommen. Ausweise nicht vergessen! — Die Vertreter treffen sich am Sonntag, 5. Februar, an der Krankenkasse zur Teilnahme an der Vertreteritzung in Reichenbach.  
Mylau i. V. (Volkschule): Montag, 6. Februar, 19.45 Uhr, Hainische Mylau, Lichtbildervortrag über die Maler Meunier und Barlach. — Mittwoch, 8. Februar, deselbst Arbeitsgemeinschaft für Jugendliche. Moderne Jugendkunde (4 Abende, Mittwoch). Leiter: Lehmann-Platen. Abend 20 Pfg., Erwerbsslose frei.  
Freidenker Planitz: Donnerstag, 16. Februar, 19.30 Uhr im Volkshaus wichtige Versammlung. Stellungnahme zur Verbands-Generalsammlung und Wahl des Delegierten zur UB-Konferenz. Referent Gen. Römer, Zwickau. Erscheinen ist Pflicht.  
HV Reichenbach (Vertl.): Sonnabend, 4. Februar, um 20 Uhr im Restaurant Vogtland Jahres-Hauptversammlung. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist dringend erwünscht.

### Reichenbach-Netzschkau

#### Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

GEG-Erntepreis-Auszugmehl 1 Pfd. 24 Pf.  
GEG-Feldkrone-Auszugmehl 1 „ 20 „  
GEG-Haushaltmehl 1 „ 17 „  
GEG-Weizengrieß 1 „ 28 „  
Eier-Nudeln . . . 1 „ 40 „  
Hartgrießmakaroni . 1 „ 40 „  
GEG-Badpflaumen 1 „ 30 „  
GEG-Mischobst . . . 1 „ 44 „  
Geleeheringe . . . 1 Dose 25 „  
Bratheringe . . . 1 „ 28 „  
Delikatessalat . . . 1/4 Pfd. 16 „  
Mayonnaise . . . 1/4 „ 18 „  
Fleischsalat . . . 1/4 „ 18 „  
Gemischtes Gemüse 2 kg-Dose 48 „ feste Packung

In unseren Spezialverteilungsstellen für Hausstandsartikel, Bahnhofstr. 23a, für Textil- u. Schuhwaren, Weststr. 3, I. Stock erhalten unsere Mitglieder vom 1.—11. Februar doppelte Rückvergütung.

### Bezirks-Konsumverein Reichenbach-Netzschkau

### Frankenhausen

## „PARADIES“ Frankenhausen

Jeden Sonntag ab 4 Uhr der große Ballbetrieb ff. Speisen und Getränke

(Kapelle Maier) Es laden freundlich ein Erich Schreiter u. Frau

Hiermit bestelle ich ab..... die

### SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Reichsausgabe

zum Preise von 2,10 RM. monatlich zuzüglich 36 Pfg. Zustellgebühren

Name: .....

Stand: .....

Wohnung: .....

### Beitritts-Erklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialistischen Arbeiter-Partei

Name: .....

Stand: .....

Ort, Wohnung: .....

Mitglied der .....

Eingetreten: .....

Bitte recht deutlich schreiben!

Dieser Bestell- oder Aufnahmeschein ist bei der Expedition der SAZ oder im Parteisekretariat, Breslau 5, Gartenstraße 21 oder bei den Funktionären der SAP oder der SJV abzugeben.

### Bokwa

## „Wiener Spitze“, Bokwa

Sonnabend, den 4., sowie 5. und 6. Februar 1933:

## Großes Bockbierfest

Freitag: ANSTICH. Ergebenst ladet ein A. Ketscher

### Dresden

Kauft bei Schuh-Oestreich das billige Schuhhaus Dresdens Verkaufsstellen:

Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof  
Frauenstraße, Ecke Schössergasse  
Königsbrückerstraße, am Albertplatz  
Oschatzerstraße 13  
Poststraße, neben Li-Mu

### Zwickau

Besuchen Sie das Kino-Varieté für jedermann

## Deutsches Theater

Montag und Donnerstag Programmwechsel

Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

### Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Tarnet

Spezial-Anschank — Bayer. Bier — Zainlager Krossenbräu  
Vereinzelzimmer — Schätiger Garten  
Jeden Sonnabend 1. Schichtfest.  
Verkauf v. Warenwaren auch über die Straße.



# Profitgier verhindert Heilung

## Medikamenten-Wucher

In der wissenschaftlichen Heilkunde harrten noch viel Probleme ihrer Lösung. Je weiter die Erforschung der einzelnen Krankheiten fortschreitet, desto mehr Aussicht ist auch vorhanden, entsprechende Heilmittel für eine jede Krankheit zu finden. Trotzdem besteht zwischen Krankheitserkennung und Krankheitsbehandlung immer noch ein riesiger, nur schwer zu erklärender Unterschied.

Die Natur der Geschlechtskrankheiten ist geklärt. Tripper, harter Schanker und Syphilis sind ansteckende Erkrankungen, deren Erreger, die in das Gebiet kleinster, schmerzhafter Krankheitskeime gehören, gezüchtet, durch Färbefarbstoffe dargestellt und im Mikroskop sichtbar gemacht werden können. Trotzdem schon mehr als ein Vierteljahrhundert seit ihrer Entdeckung vergangen ist, hat man bis heute noch kein spezifisches Heilmittel gefunden. Zum Teil liegt dies zweifellos an den Widerständen der Industrie und auch der Ärzteschaft, die beide ein Interesse daran haben, den Kranken nicht sobald gesunden zu lassen. Bekanntlich hat ja der Münchener Professor Lenz diesen Standpunkt ganz brutal vertreten, als er erklärte, daß man es den vielen Fächerzügen für Haut- und Geschlechtskrankheiten nicht zumuten könne, sich durch rasche und dauernde Heilung der Geschlechtskranken selbst blos zu machen.

Gäbe es für die verschiedenen Erkrankungen wirksame Heilmittel, so würde überdies die chemisch-pharmazeutische Großindustrie, die auch heute noch in der Wirtschaftskrise riesige Profitschäfte macht, nicht mehr so viele verschiedenartige Heilmittel auf den Markt bringen können. Zur Zeit gibt es nämlich mindestens 40.000 Spezialmittel allein in Deutschland, deren Herstellung und Zusammensetzung von ihren Erzeugern geheimgehalten wird.

Nach einer eingehenden Statistik ist festgestellt worden, daß durchschnittlich ein jedes derartige Spezialmittel sich längstens drei bis vier Monate auf dem Markt hält, um dann ebenso rasch, wie es kam, wieder in der Versenkung zu verschwinden. In dieser kurzen Zeit muß es seinen Erzeugern den entsprechenden Profit abwerfen. Dazu bedarf es zunächst einmal einer großzügigen Reklame. Und das muß man ihnen lassen: die Reklamemittel verstehen die chemischen Industriekapitäne musterhaft zu führen. In der medizinischen Fachpresse erscheinen wissenschaftlich aufgemachte Artikel über den verblüffenden Heilerfolg bei dieser oder jener Erkrankung. Fünfzigtausend deutschen Ärzten werden buntdruckte Werbekarten zugesandt. Wagenweise werden Grafisparaktionen verteilt. Kleine Geschenke vom Löschpapier bis zum Füllfederhalter mit Goldfeder und Platinspitze ermahnen den Arzt, dieses Mittel und kein anderes seinen Kranken zu verschreiben.

Meist ist der ganze Spuk in wenigen Monaten oder noch schneller vorüber. Nach einem Jahr kennt schon niemand mehr den Namen des Mittels. Nach zehn Jahren hat schließlich die Fabrik selber vergessen, daß sie es einmal herausgebracht hat. Aber in der kurzen Zeit, als infolge der riesenhafte Reklame ein jeder Arzt es kannte, ein jeder Patient es verlangte, da hat die Fabrik ihr Schäfchen ins Trockene gebracht.

Die Unsummen, die für Musterversendungen, „wissenschaftliche“ Artikel, für Vertreter und Inserate herausgeworfen wurden, kommen zehnfach wieder herein. Es ist ganz nebenbei, ob das Arzneimittel die ihm angehörenden Eigenschaften auch wirklich besitzt, ob damit Erfolge erzielt werden oder nicht. Die Hauptsache ist und bleibt, daß es seinen Herstellern die Taschen füllt. Es gehört nicht einmal besonders viel Erfindungs-gabe dazu, ein neues Mittel herzustellen. Man nimmt einfach ein anderes, längst bekanntes, sucht sich dafür einen guten erfolgversprechenden Namen, läßt sich diesen patentieren und schon ist das neue Heilmittel vorhanden.

Das Aspirin ist ein Beispiel hierfür. Die reine Acetyl-Salicylsäure kostet ein Zehntel des Aspirins und ist dabei genau dasselbe. Etwa 50 Präparate gibt es in Tabletten-, Pulver- und Pillenform, die nichts weiter als reine Acetyl-Salicylsäure enthalten, aber mit hochtrabenden, patentamtlich geschützten Namen versehen sind und deswegen zwischen 50 Pfennig und 5 Mark für 10 Gramm schwanken. Zehn Gramm der reinen Substanz aber kosten beim Apotheker nur 20 Pfennige. Und der verdient schon mindestens 10 Pfennige daran. Man kann sich also vorstellen, daß die Profite der chemischen Großindustrie Tausende und aber Tausende von Prozenten des Herstellungspreises betragen.

Man muß aber auch manchmal etwas Neues erfinden. Da wirklich neue, wertvolle Heilmittel nur sehr selten gefunden werden, so mischt man von den etwa 500 bekannten wirksamen Präparaten mehrere durcheinander. Auf diese Art entstehen fast alle 40.000 Spezialheilmittel.

Die Riesenmenge der neuen Heilmittel wächst jetzt schließlich auch den Ärzten über den Kopf. Sie verlangen Einschränkung der Herstellungserlaubnis, und zwar zugunsten einiger weniger großer Konzerne, von denen man annehmen müsse, daß sie keine minderwertigen Fabrikate auf den Markt werfen werden. Auch das zeigt wieder die geschickte Regie der chemisch-pharmazeutischen Großindustrie. Die kleinen und mittleren Fabriken, die heute noch den ganz großen unliebsamen Konkurrenz machen, sollen untergekrigelt und aufgefressen werden. Selbstverständlich wird sich auch wenn, was durchaus möglich, diese Entwick-

lung bald erfolgt sein wird, an dem bisherigen Zustand nichts ändern. Den Krankenkassen- und Wohlfahrtspatienten werden nach wie vor minderwertige, dafür aber gesetzlich geschützte Arzneimittel zu willkürlich hochgesetzten Preisen verabfolgt. Den Vorschlag, die Angabe der Zusammensetzung

eines jeden Heilmittels zu erzwingen, haben die dafür zuständigen Behörden bisher immer abgelehnt. Erst die Uebernahme der gesamten chemisch-pharmazeutischen Industrie in proletarisch-sozialistische Hände nach dem Muster der Sowjetunion wird dem Spuk der 40.000 Arzneimittel ein Ende bereiten.

# Der Tüchtige

## Aus dem Leben eines kleinen Angestellten

Franz K. war in der Schule einer der Tüchtigsten. Natürlich besuchte er die Volksschule, denn sein Vater war Arbeiter und verdiente eben gerade so viel, daß die Familie davon leben konnte. Franz K.'s größter Wunsch war es, einmal etwas Besseres zu werden als sein Vater. Er sah zu Hause die Not, die ständige Gast war, er hörte die häufigen Auseinandersetzungen um das Kostgeld zwischen Vater und Mutter, nein, nie wollte Franz Arbeiter werden. Lernen wollte er, lernen, lernen und nochmals lernen.

Dann kam der Krieg, Vater blieb draußen. Die Sorge für Franz und seinen Bruder fiel ganz auf die Mutter, die nun arbeiten ging und wenigstens das Allernötigste herbeschaffte.

Schließlich war Franz 14 Jahre alt und sollte nun arbeiten, vor allen Dingen Geld verdienen. Er kam in die Lehre, mußte einen Beruf ergreifen, der gerade gefragt war. Buchbinder sollte er werden, Techniker zu werden war sein Wunsch. Zwei Jahre lang arbeitete er in einer Buchdruckerei, dann schickte er plötzlich die Arbeit hin und ging von vorne an, weil in einer technischen Werkstatt gerade eine Lehrstelle frei wurde. Zwei Jahre waren verloren; aber das Ziel rückte näher. Franz ging in die Fachschule, Franz lernte und büffelte. Acht Stunden saß er in der Werkstatt, fünf Stunden danach in der Schule und nachts machte er Schularbeiten. Zum Schlaf blieben kaum drei bis vier Stunden. Tag ein, tag aus ging das so jahrelang.

Dann wurde Franz 20, er lernte ein Mädchen kennen und wie das so ist, aus war's mit der Schule. Die Stürme der Jugend zog er an ihm vorbei. Nach zwei Jahren sah er wieder klarer und versuchte es ein drittes Mal.

Techniker wollte er doch werden. Sein Lohn als Mechaniker war knapp. Damit konnte er nie eine Familie so ernähren, wie es seinem Geiste vorschwebte. Er setzte also sein Studium fort und ging wieder abends zur Schule und machte wieder nachts Schularbeiten und schlief wieder nur drei bis vier Stunden. Er hatte nichts von seinen besten Jahren. Ihm fehlte die Zeit, Zerstreuung zu suchen, ihm fehlte das Geld, sich irgend etwas anzufuttern, denn das, was beim Leben von seinem Lohn übrig blieb, brauchte er für Schulbücher, für Kurse, an Fahrgehd. Die Jahre vergingen. Tag für Tag büffelte Franz, er wagte kaum zu atmen aus Angst, daß er eine Sekunde versäume könnte die er besser über den Büchern zugbracht hätte.

Nach vier Jahren war er endlich soweit. Er stand vor der Prüfung. Das Herz schlug ihm bis zum Halse hinauf, als er vor den allgewaltigen Ingenieuren stand, die ihm auf Herz und Nieren prüften, ob er berechtigt war, in Zukunft als Techniker zu gelten. Die Arbeit der Jahre war nicht umsonst. Franz bestand die Prüfung mit dem Prädikat: „Sehr gut“.

Nun war er Techniker. Jetzt sollte ein anderes Leben beginnen, jetzt mußte er doch, der Techniker, mehr verdienen, als der bisherige Mechaniker Franz K.

Das Mädchen hatte gewartet. Und zuerst sah es auch so aus, als käme alles so, wie er es erträumt hatte. Er bekam ein Monatsgehalt von 280 Mark netto und konnte es wagen, sich einen Hausstand zu gründen. Man nahm eine Neubauwohnung für 60 Mk., schaffte sich Möbel an, auf Abzahlung, und alles funktionierte ausgezeichnet, bis — der erste Gehaltsabbau kam. Von den 280 Mk. blieben nur noch 240 Mark und Franz mußte zum erstenmal zu seinem Möbellieferanten gehen und um Herabsetzung der Ratenzahlungen bitten. Der Mann war damit einverstanden und es ging wieder eine Weile.

Dann setzte eine zweite Gehaltsabbauwelle ein. Nochmals wurden Franz K. 40 Mark gestrichen. Es blieben nur noch 200. Die 40 Mark wurden am Ersten gesparrt. Es gab nur noch Schmalzstullen zum Abendbrot, die Fleischsalat wurde auf zweimal wöchentlich herabgesetzt, die Ausgaben für kleine Vergnügungen, für Ausflüge, für Kinobesuche wurden gestrichen.

Man könnte jetzt die Erzählung über das, was Franz in den letzten Monaten weiter erlebte, ausführlich fortsetzen. Beunruhigen wir uns mit dem, was heute ist.

Franz arbeitet heute noch als Techniker in dem Werk, in dem er gelernt, dem er seit Jahren seine Arbeitskraft geschenkt hat. Sein Gehalt beträgt monatlich netto 140 Mk., denn die Fabrik arbeitet nur noch an fünf Tagen der Woche. Noch wohnt Franz mit seiner jungen Frau in der teuren Wohnung, aber man frage nicht, wie sie leben. Ihnen bleibt nach Abzug der Miete, nach Abzug von 20 Mark Ratenzahlungen auf die Möbel (auf noch niedrigere Ratenzahlungen ließ der Fabrikant sich nicht ein), kaum 12 Mark wöchentlich für Essen und Trinken. Davon müssen noch alle kleineren Bedürfnisse (Ausgaben für Wäsche, für Seife, Zahnpasta, Zeitung usw.) bestritten werden. Die beiden hungern — buchstäblich!

Franz hat sein Ziel erreicht, das ihm einst vorschwebte: er ist Techniker. Freie Bahn dem Tüchtigen!

Und wann reißt er sich in die Front des revolutionären Proletariats? Wann erkennt er, daß die sozialistische Revolution den Ausweg weist? Wann kämpft er mit uns Schulter an Schulter?

## Ein Esel zuviel

Der Bauer Lukas führte sechs Esel nach Hause, die er auf dem Markte gekauft hatte. Als er müde wurde, stieg er auf einen Esel, um nach Hause zu reiten. Wie groß war sein Erstaunen, als er plötzlich nur noch fünf Esel vor sich hintraben sah. Er zählte und zählte, aber es blieben immer nur fünf. Verärgert kam er auf seinem Hofe an und rief gleich seiner Frau zu: Welch Mißgeschick, weich Malheur, ich kaufte sechs Esel, jetzt sind es nur noch fünf.

Steig ab, du Dummkopf, sagte die Frau. Du zählst nur fünf Esel, ich sehe sieben. Es ist alles in Ordnung.

# Marcia Reale

„Marcia Reale“ betitelt sich die Novelle, deren Abdruck in der morgigen Nummer der „SAZ“ beginnt. Die deutsche Uebersetzung für das Wort heißt „Königsmarsch“. Wir bringen hier einige einleitende Zeilen und eine kurze Biographie des Verfassers.

Andreas Latzko wurde 1876 in Budapest geboren, studierte in Berlin Chemie, später Philosophie, reiste in Aegypten, Vorder- und Hinterindien, Ceylon, Java, und hatte es bis zum Journalisten und kaiserlich-königlichen Reserveoffizier gebracht, als der Krieg mit zwingender Gewalt über sein Denken und Fühlen hereinbrach. Er wurde an die italienische Front kommandiert, in den Schützengräben gesperrt, mit Menschenblut bespritzt, von der Malaria gepackt und, trotzdem ihn das Fieber zerstörte, erst entlassen, als ihn ein schwerer Nervenschock dienstunfähig machte. Nach achtmonatigem Lazaretaufenthalt durfte er in die Schweiz. Das war Ende 1916. Aber aus dem kaiserlichen Offizier war ein erbitterter Kriegsgegner geworden. Noch in Davos schrieb Latzko die sechs Novellen „Menschen im Krieg“, die unter dem Schutz der Anonymität 1917 zuerst in der Schweizer Presse, dann als Buch erschienen und, in neunzehn Sprachen übersetzt, in allen kriegführenden Staaten verboten wurden. Der Verfasser wurde degradiert, sein zweiter, 1918 geschriebener Roman „Friedensgericht“, der nach Kriegsende in elf Sprachen übersetzt wurde, noch vor Erscheinen verboten. So gefährlich erschien dieser Ankläger, dieser abtrünnige Offizier, der herrschenden Klasse, so unbequem sein leidenschaftlicher Kampf, so unerträglich die Wahrheit. Kein Wunder, daß ihn die Zensur

verfolgte. Aus Bayern, wo er nach dem Umsturz gemeinsam mit Gustav Landauer referierte, wurde er nach kurzer Zeit ausgewiesen. Zwei Versuche, in Berlin zu sprechen, brachte die Theaterzensur zum Scheitern. So ging Latzko nach Salzburg, schrieb Novellen, Zeitungsbeiträge, 1929 den Roman „Sieben Tage“ und siedelte 1931 nach Amsterdam über, wo er seine neue Novelle, „Marcia Reale“ schrieb, einen der besten Beiträge des soeben im Malik-Verlag erschienenen Bandes „30 neue Erzähler des neuen Deutschland“.

Die neue Novelle nimmt im Grunde das Thema, mit dem der Dichter an die Seite des kämpfenden Proletariats getreten ist, wieder auf. Es ist das Thema des Krieges, des „nationalen“ Menschenmordes. Doch ist es der vaterlandlose Proletarier jetzt, der die Gemeinsamkeit des Elends seinen Klassengenossen gegenüber vergißt und, von den verstaubten, eingemotteten Eitelkeiten der patriotischen Ideologie der herrschenden Klasse geblendet, den Genossen niedermacht. Andreas Latzko ist nicht mehr der Pazifist von 1917, er sieht bereits tiefer. Er sieht die Klassengegensätze, er durchschaut den Stoff des nationalen Prunkgewandes, das Kirche, Schule und Soldatenleben mit Liedern, Gedichten und Ueberlieferungen dem Kleinbürger und Proletarier um die nackten Schultern gehängt haben. Indem der Dichter die Fabel in die Nachkriegszeit, in das brodelnde „Leute“ verlegt, gewinnt er gleichzeitig an Aktualität, Eindringlichkeit, Spannung.

Es kommt hinzu, daß Latzko seit seinen schriftstellerischen Anfängen auch als Schriftsteller gelernt hat. Der geborene Ungar schrieb zuerst in ungarischer Sprache. Sein erster deutschsprachlicher Versuch war ein in Berlin aufgeführter Einakter, und, obwohl zwei deutsche Romane, der „Roman des Herrn Cordé“ (1905) und „Der wilde Mann“ (1911) folgten, zeigte der Dichter noch in den Kriegseromanen, mit denen er der Generation

# Aus aller Welt

## Eine Ehe tragödie

Berlin, 2. Februar.  
Das Schwurgericht beim Landgericht I verurteilte heute nach zweitägiger Verhandlung den 32-jährigen Volksschullehrer Walter Hilges wegen Totschlags zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis, auf die die Untersuchungshaft voll angerechnet wird. Hilges hatte am 2. Juli vorigen Jahres nach einer Auseinandersetzung im Bellevue-Park seiner Frau mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten und sich dann der Polizei gestellt. Die Ehe des Verurteilten war von Anfang an zerrüttet, seine Frau war schwer krank, und es sollte sich erst in zwei Jahren entscheiden, ob sie wieder ihre Hauspflichten erfüllen könnte. Das Gericht verneinte Tötung mit Ueberlegung, ebenso wie die Anwendung des Paragraphen 51. Dagegen wurden Hilges mildernde Umstände zugebilligt.

## Schwerer Sturm über England

London, 1. Februar.  
England wurde heute von einem schweren Sturm heimgesucht. Die Passagierdampfer im Kanal hatten schwierige Ueberfahrt. Die Flugzeuge nach Köln und Brüssel konnten nicht abfliegen. Ein französisches Flugzeug kehrte wegen des Sturmes wieder nach Croydon zurück.

## Der heilige Rock im heiligen Jahr

Trier, 2. Februar.  
Der Bischof von Trier kündigt im kirchlichen Amtsanzeiger an, daß er die Ausstellung des heiligen Rocker des Herrn, im heiligen Jahre 1933, anordne. Zum letztenmal wurde der heilige Rock im Jahre 1891 ausgestellt. Auch die Südseeinsulaner haben Fetische, vor denen sie anbetend das Knie biegen. Wir hatten uns allerdings in dem, wie sich nun zeigt, irrigen Glauben, befunden, daß der Zustand der „Primitiven“ in Deutschland überwunden sei. Der Bischof von Trier verkörpert wahrlich den Fortschritt.

## 1934 Tote in einer Woche

### Die Grippesterblichkeit in England

London, 2. Februar.  
In der vergangenen Woche sind in den Großstädten in England und Wales 1834 Personen an der Grippe gestorben, darunter 641 in Groß-London, gegen 1589 in der vergangenen Woche.

## Hochbetrieb in Berlins Krankenhäusern

Berlin, 2. Februar.  
Die Zahl der Grippe-Erkrankten und damit der Andrang zu den städtischen Krankenhäusern hat derart zugenommen, daß die Gesundheitsverwaltung der Stadt Berlin Assistenzärzte und Hilfsärzte eingestellt hat.

## Auch in Magdeburg

Magdeburg, 2. Februar.  
Auf Anordnung des Kreisarztes und im Einvernehmen mit den Aufsichtsbehörden werden die höheren, Mittel- und Volksschulen sowie die Berufsschulen in Magdeburg wegen der zahlreichen Grippe-Erkrankungen der Lehrer und Schüler ab heute bis einschließlich Mittwoch, den 8. Februar, geschlossen.

Remarque und Renn mutig voranging, erhebliche stilistische Mängel. Schiefe Bilder, Fremdworte und fehlerhafte Ausdrücke störten. Diese sind nun verschwunden, und so überrascht uns an der neuen Novelle Latzkos immer wieder die Kraft des Ausdrucks, der Bilderreichtum und die Lesbarkeit der Sprache.

Haben aber die Königsmärsche an Popularität verloren? Das wird niemand behaupten, der die nationalen Fahnenhaken mit ihren blanken Uniformknöpfen und patriotischen Haßgesängen auf den Straßen des heutigen Deutschland marschieren sieht, der das unermüdete Gekreische der Armeemärsche in Rundfunksendern hören muß. Nein, Latzkos gräßliche Vision in der fünften Novelle des Bandes „Menschen im Krieg“, in der der irre gewordene ungarische Oberleutnant Kadar die Millionen Soldaten, Frontkämpfer, nicht mit Köpfen, sondern mit Grammophonplatten auf den Rümpfen erblickt, hat ihre furchtbare Wahrheit behalten. „Diese Leute“, schreibt Latzko, „bekamen offenbar ihre Köpfe erst zurück, wenn es ans Sterben ging. Weit, weit rückwärts wurden sie ihnen abgeschraubt, mit Platten ersetzt“, die nichts konnten als Marsche spielen. So präpariert, wurden sie in die Züge gepfercht, so kamen sie an die Front, um sich erst im Augenblick des „Heldentodes“ in leidende Menschenantlitze zu verwandeln.

Die Novelle Latzkos ist daher eine ernste Mahnung an das Proletariat aller Länder. Es darf kein 1914 mehr geben. Der Arbeiter hat kein Vaterland. Er kennt nur den Klassenkampf, das Klassenbewußtsein. Der Proletarier des einen Landes sieht in dem Proletarier des anderen Landes nicht den Feind, sondern den Freund. Die Novelle ist der in die dichterischen Formen umgossene Satz: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

E.K.



# Was die Börse zu Hitler sagt

Wenn man wissen will, wie das Unternehmen, die Bourgeoisie, zum Kabinett Hitler steht, muß man die Börsenmeldungen lesen. In der Meinung der Börse, in den nackten Zahlen der Börsenkurse drückt sich klarer als in allen Artikeln der bürgerlichen Presse die Ansicht der Bourgeoisie aus. Noch vor einem halben Jahr hätte die Zeitung Hitlers zum Reichskanzler einen nicht zu knappen Stütz der Kurse verursacht, heute aber erwartet man von einer Hitlerregierung keine durchgreifenden Änderungen in Politik und Wirtschaft mehr. Im ersten Augenblick war man auf der Höhe etwas überrascht, besonders in Ausland, wo man die Dinge nicht so genau überblickt. Wie aber eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus New York zeigt, hat man sich auch dort bald wieder beruhigt. So heißt es in dem Bericht: „Später war jedoch eine scheinliche Beruhigung festzustellen (Hervorhebung in der Frankfurter Zeitung), da man in Kreisen mit internationalen Beziehungen verschiedentlich der Meinung Ausdruck gab, daß die Ernennung eines Reichskanzlers mit einer großen Anhängerschaft im Volke durchaus auch als positiver Faktor im Interesse des Profits natürlich — gewertet werden könne.“

Nicht viel anders ist es im Inland. Die Tatsache, daß gegen Luther, den jetzigen Reichsbankpräsidenten, nicht der inflationswütige Herr Schwach präsentiert wurde, daß der „höchst malvolle und suchvorstündige“ Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, ferner für das auswärtige Ministeramt der Freiherr von Neurath aus dem alten Kabinett übernommen wurden, wirkte beruhigend auf die Börse. Weiter wirkten die Erklärungen der Regierung, daß die SA der Polizei nicht eingegliedert werden solle, ein Verbot der kommunistischen Partei vorläufig nicht beabsichtigt sei und an „Verfassungsreformen“ nicht gedacht werde, in diesem Sinne.

So nahm denn die Börse zunächst eine abwartende Haltung an. Sie wartet ab, wie die wirtschafts- und finanzpolitischen Pläne der Regierung aussehen werden. Aus den Befürchtungen, die da geäußert werden, kann man erkennen, was den Unternehmern anheim ist und was nicht. Einmal ist es die Angst vor währungs- und politischen Experimenten zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, die sie bewegt, weiter die Befürchtung, daß die nationalistische, gefühlsmäßige Einstellung der Nazis Konflikte mit dem Ausland hervorrufen könnte, wodurch das „internationale Vertrauen“ (als Grundlage für den Auslandskredit, versteht sich) gestört werden könnte, schließlich die Angst vor verschärften Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft und damit verbundenen Störungen der Produktion. Immerhin besondere Befürchtungen werden für den gegenwärtigen Moment nicht gehegt, man kennt auch dort die Ausschichtslosigkeit der kommunistischen Aufrufe zum Generalstreik, solange die freien Gewerkschaften in ihrer konservativen Haltung beharren.

Die Befürchtungen gelten mehr allgemein der zukünftigen Entwicklung. Die „Frankfurter Zeitung“ hoffte sehr, daß es gelingen könnte, das Zentrum zu einer offenen oder tolerierenden Mitarbeit zu bewegen, um dadurch eine „besonnene, von wirtschaftlicher Vernunft geleitete“ Regierung zu ermöglichen. Sie schrieb: „... eine Kombination, die im wesentlichen auf Hugenberg-Hitler beruht, droht den Nationalsozialismus in eine klusenkämpferische Position zu bringen.“ Und das fürchtet das Unternehmen: den offenen, klar geführten Klassenkampf der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen.

Bei dieser Gelegenheit ein paar grundsätzliche Worte zu den Generalstreikaufrufen der Kommunisten:

Ohne die Massen der freien Gewerkschaften ist — so wie die Dinge heute nun einmal liegen — kein Massenstreik, kein Generalstreik möglich.

Darum nützt jeder allgemeine wilde Streikaufruf nicht nur nichts, sondern schädigt durch seine immer wieder erfolglose Anwendung nur den Gedanken des Generalstreiks gegen das kapitalistische System. Wenn man nicht die notwendige innergewerkschaftliche Vorbereitung leistet, so sind diese Aufrufe sinnlos. Aus ihrer Erfolglosigkeit entsteht nur die Meinung in der Arbeiterschaft wie in der Bourgeoisie, als ob die Arbeiterklasse noch widerstandsfähiger, noch kampfmüder sei, als sie schon ist.

Eine Einzelheit aus der Entwicklung der Preise und der Kurswerte sind noch bemerkenswert: Man versuchte, Renten zu verkaufen, während für Aktien beträchtliche Kaufaufträge vorlagen. Der Grund ist folgender: Bei etwaiger Entwertung der Mark (Inflation), würden die Aktien als Sachwerte, hinter denen wirkliche Werte stehen, nicht miterwertet, während das bei den Renten sehr wohl der Fall wäre. Es ist also die Furcht vor einer Inflation — die schon oben erwähnt wurde —, die hier zugrunde liegt. Der Börsenbericht aus Berlin meldet insbesondere „Kaufordres für Aktien“, insbesondere aus dem Rheinland und aus Kreisen, die dem neuen Kabinett politisch nahe stehen. Die Herren richten sich auf das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm ein.

An die Person Hugenburgs knüpft sich folgende Börsenbewegung: Die Produktpreise für Weizen und Roggen stiegen ebenso wie die Montanaktien. Man rechnet da auf Hugenburgs Beziehungen, die sowohl zu den Großagrariern in Ostelbien und ihrem Landbund, wie zu den Herren aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gehen. Infolge der niedrigen Preise für Stahl auf dem Weltmarkt, hat die Montanindustrie keine allzu großen Interessen am Export von Stahl, so daß die autarken Bestrebungen der Großagrariern nicht mehr so sehr auf den Widerstand dieser in-

dustriellen Kreise stoßen. Ja, man erhofft von dem nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, bzw. den Teilen des Programms, die die Billigung des Gesamtkabinetts finden werden, eine Belebung der Montanindustrie. Ferner glaubt man, daß eine weitere Unterstützung der Großlandwirtschaft, im Zusammenhang mit der nahenden Frühjahrbestellung, ein besonders gutes Geschäft in landwirtschaftlichen Maschinen und dergleichen mehr auslösen könnte. So wurden notiert (in Klammern die vorhergehende Notierung) am 31. Januar in Berlin: Zieleschienen 61%, 63% (58%), Mannesmann 63, 63% (58%), Rheinmetall 74, 75 1/2 (70 1/2) stark nach dem Anstiegen der Kurse der Rüstungswerte (auch charakteristisch für die Hoffnungen, die man da hegt): Berlin-Karlruher Industriewerke 62% bis 63% (59%), Bayerische Motorenwerke 80% bis 82 1/2 (74%).

Zur Beurteilung der Entwicklung der Roggen- und Weizenpreise folgende Tabelle, die auf den amtlichen Produktionsnotierungen der Berliner Börse basiert:

1000 kg ab Station:	28. Jan.	30. Jan.	31. Jan.
Weizen, Märkischer	181—183	183—185	184—186
Roggen, Märkischer	149—151	151—153	152—154
langes, Z. B. Brau-gerste, Märkische	165—175	165—175	165—175

Die Bourgeoisie erhofft vom Kabinett

Hitler bessere Produktions- und damit Profitmöglichkeiten als bisher. Die Schwere der Krise, von der die Schwerindustrie im Westen infolge der geringen Ausnutzungsmöglichkeiten der Kapazität, besonders stark betroffen ist, zwingt sie, ihre Kräfte zu konzentrieren. Sie kann sich auf die Dauer den Luxus des Hin und Hers zwischen Landbund, Schleicher, Papen, Hitler und Hugenberg nicht leisten. Für sie ist das Kabinett Hitler-Hugenberg das schwierige Kompromiß zwischen der westdeutschen Schwerindustrie und der ostelbischen Landwirtschaft. Der Anstoß hierzu scheint vom Rheinland ausgegangen zu sein. (Wir erinnern an die Verhandlungen zwischen Hitler und Papen in Köln.)

Im Augenblick geht das Kabinett Hitler sehr vorsichtig vor und sucht die „öffentliche Meinung“ zu beschwichtigen. Es ist aber kein Zufall, wenn der Zechenverband in Essen soeben den Lohntarif und den Reichsmanteltarif gekündigt hat. Hier wird der erste große Kampf zwischen Hitler und dem Proletariat ausgetragen werden. Es gilt, die Arbeiterschaft und insbesondere die Gewerkschaften kampfbereit zu machen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Gewerkschaftsführer sich nicht passiv, dem Kampf ausweichend, hinter einer der Verbindlichkeitsklärungen Hitlers verkriechen. Oekonomikus.

## „Deutschland, ein Eldorado der politischen Schieber“

sagt eine christliche Gewerkschaftszeitung

Klagen sie sich etwa selbst an?

e. h. „Der deutsche Metallarbeiter“, das Organ des Christlichen Metallarbeiterverbandes, bringt einen sehr beachtenswerten Artikel zur Subventionspolitik gegenüber den ostpreussischen Großgrundbesitzern. Mit einer gewissen Offenherzigkeit schreibt das Blatt:

„Deutschland ist in der Nachkriegszeit das Land der politischen Intrigen. Der politische Salon ist das Eldorado der politischen Schieber.“

Durch enge Beziehungen bis zu den höchsten Stellen werden hier Regierungen gebaut und Kanzler verabschiedet. Manchmal gelingt es daneben — manchmal — das letzte Jahr ist ein deutlicher Beweis dafür — haben sie Glück. Aber die Intrige ist doch nicht Selbstzweck. Die Herrschaft will nicht etwa nur eine gesellschaftliche Heraushebung ihrer Klasse, sondern vor allem materielle Begünstigungen. Daher die unerbittlichen Zollelastungen, daher die Kontingentierungspläne, daher die Manipulationen mit Roggen und Mais, daher die Milliarden der Osthilfe.“

Das klingt wie eine Selbstanklage. Das Zentrum war bis 1932 in allen Regierungen der Nachkriegszeit führend vertreten, es hat auf die Politik dieser Regierungen einen bestimmenden Einfluß gehabt. Die Zoll- und Subventionspolitik datiert nicht erst von dem Zeitpunkt ab, wo Herr von Papen oder später Herr Schleicher die Regierungsgeschäfte übernahmen. Wilhelm Marx, Stegerwald und Brüning sind für den Kurs dieser Politik, der von den anderen ja nur konsequent fortgesetzt wurde, in vollem Umfange verantwortlich. Ist es deshalb Gedächtnisschwäche oder Demagogie, wenn es in dem bereits zitierten Ar-

tikel weiter heißt: „Der arme Teufel, der selbst kaum etwas zu essen hat, muß mithelfen, die Millionen Güter zu stützen... Um das zu ermöglichen, mußten den Kriegsveteranen, Witwen und Waisen die Renten gekürzt werden durch die Notverordnung vom 15. Juni.“

Es sei uns gestattet, daran zu erinnern, daß die am 15. Juni 1932 von Papen erlassene Notverordnung von seinem Vorgänger bereits ausgearbeitet war. Dieser Vorgänger hieß Brüning!

Welche außerordentlichen Summen das Reich insgesamt für die Osthilfe zur Verfügung gestellt hat, das ergibt sich aus der nachfolgenden, sehr übersichtlichen Darstellung des christlichen Gewerkschaftsorgans. Es schreibt:

„Das deutsche Volk hat für die 11000 ostelbischen Großgrundbesitzer auf Grund der Osthilfe ungeheure Baumlöhne heranschaffen müssen. Die verlorenen Zuschüsse und Subventionen für die Ostgebiete sind mit 500 Millionen Mark nicht zu hoch angesetzt. Dazu kommen Bürgschaften der öffentlichen Hand in Höhe von 700 Millionen Mark für die Umschuldung. Von den 105 Millionen Mark Umschuldungsdarlehen ist infolge unredlicher Manipulationen (Bericht des Rechnungshofes) heute schon ein großer Teil verloren. Das Interessanteste aber ist, daß im alten Osthilfengebiet 70 Prozent der Großgrundbesitzer die Umschuldung beantragt hatten gegen 10 Prozent Bauernwirtschaften.“

## Köslin im Rampenlicht

Die Arbeit der SAP

In unserer Generalversammlung konnte Genosse Säuberlich von einem Jahr schwerer, doch oft erfolgreicher Arbeit berichten. Durch unsere Initiative war es möglich, im Sommer letzten Jahres gemeinsame Versammlungen aller drei Arbeiterparteien durchzuführen. Der Höhepunkt war eine gemeinsame Massendemonstration, die infolge ihrer nie gesehene großen Beteiligung einen großen Eindruck auf das Bürgertum machte. Die fünf Wahlen nahmen alle Kräfte in Anspruch; finanziell wäre unsere Arbeit nicht möglich gewesen, ohne die wöchentliche Herausgabe unseres „Sozialist“. Neben dem Verkauf des „Kampfsignal“ trägt er dazu bei, die Ideen unserer Partei unter die Massen zu tragen. Anerkannt wird offen von den Gegnern die sachliche Art, die aus allen Zeilen unserer Presse spricht. Die Mitgliederzahl ging nach der Juliwahl zurück, im Dezember wurde der Tiefstand erreicht, jetzt scheint es wieder langsam vorwärts zu gehen. In den regelmäßig stattfindenden Diskussionsabenden der Partei und der Frauengruppe zeigt sich, daß auch die Kösliner Mitgliedschaft Schritt hält mit der geistigen Entwicklung der Partei im Reich. — Der Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt.

Unsere Gewerkschaftsarbeit

Seit Bestehen der Partei wurde Wert darauf gelegt, die Gewerkschaftskollegen von der Richtigkeit unserer Grundsätze zu überzeugen. In diesem Jahr wählten die Buchdrucker, wie schon im vorigen Jahr, entgegen der sozialdemokratischen Opposition wieder als Vorsitzenden (gleichzeitig Delegierte im Ortsausschuß des ADGB) und Schriftführer je einen SAP-Kollegen. Die

Zimmerer wählten als 2. Vorsitzenden und Delegierten des Ortsausschusses ebenfalls einen unserer Genossen. Bei den Metallarbeitern wurde durch die falsche Einstellung der KPD-Kollegen ein voller Erfolg verhindert. Im Fabrikarbeiterverband, einem reformistischen Bollwerk in Köslin, ist die Opposition durch die Arbeit unserer Genossen bedeutend gewachsen, ohne auch hier sich bereits restlos durchsetzen zu können. Bei den Bauarbeitern, den Tischlern, den Malern und auch bei den Steinarbeitern in hatte die Opposition die gewünschten Erfolge. Hier sind es zum Teil KPD-Genossen, die führen. Ein endgültiges Bild wird die nächste Generalversammlung des Ortsausschusses geben.

Die SPD

Wie in Vorpommern Kirchmann, ist in Hinterpommern Wischmann ein eifriger Vorkämpfer für die „neue Linie“. In letzter Zeit überaus rührig, ist er von den hinterpommerschen Ortsvereinen der SPD als Delegierter zum Parteitag gewählt worden. Hier will er nun Gedanken vertreten, die er vor 1 1/2 Jahren aufs schärfste bekämpft hat. Immerhin gehört er zu den „Jungen“ in der Partei, für die ja nun wohl neue Aufstiegs-möglichkeiten geschaffen werden sollen. Im Gegensatz zu diesem Vertreter der „neuen Linie“ vertrat der Landtagsabgeordnete Schallock, Vorstandsmitglied der allgemeinen freien Lehrergewerkschaft, in Neustettin die Auffassung, die Partei brauche keine „neue Linie“, man solle nur die „alte Linie“ festhalten. Auf alle Fälle will man in Köslin und Hinterpommern durch das Propagieren der neuen Linie dem Mitgliederstand Einhalt gebieten. Dazu dienen auch die neuerdings einberufenen „Bezirksversammlungen“, durch die man mehr an die Mitglieder heranzukommen gedenkt.

## „Notwerk der deutschen Jugend“

Hans in allen Gassen ist die SPD und der Bauwerksbund auch hier. Kaum waten die neuesten Anweisungen für dieses „Notwerk“ heraus, da war man schon dabei, mitzumachen. Mit allen Mitteln der Erpressung (Androhung des § 92 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes) sucht man die Jugendlichen in das Notwerk hineinzupressen. Hier sind es nur unsere Genossen, die diesen Schwindel bekämpfen und es ablehnen, ihn mitzumachen.

## Textilarbeiter-Verband Mylau i. V.

Was ist Regir des Gewerkschaftsapparates? Am Sonnabend, dem 21. Januar 1933, fand im Deutschen Textilarbeiterverband, Ortsgruppe Mylau-Netzschau, die Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war wie üblich: Geschäfts- und Kassenbericht, Führung der Jubilare und Ortsverwaltungsneuwahlen. An dem Geschäfts- und Kassenbericht hatten unsere Genossen nur hervorzuheben, daß dieser wiederum die Bestätigung für den weiteren Rückgang der Gewerkschaftsbewegung erbrachte. Um die Jubilare zu ehren, glaubte die Ortsverwaltung es nötig zu haben, extra den Gauleiter, Karl Schirmer, von Dresden nach Netzschau beordern zu müssen. Und Karl Schirmer kam, und ehrte. Unsere Genossen wußten aber, daß der Gauleiter die Rolle des Damms gegen das oppositionelle Hochwasser zu spielen hatte.

Die Diskussion, die sich an die Ausführungen des Gauleiters und Geschäftsführers anschloß, zeigte, daß unsere Genossen der Gewerkschaftsführung manches Richtige zu sagen hatten, so es kam dahin, daß der Gauleiter in seinem Schlusswort erklärte, er ginge nicht auf die politische Kritik der Opposition ein. Er verlor sich in allgemeinen Redensarten und wiederholte mehrere Male, die Gewerkschaftsmittglieder seien gedankenlos!

Bei den Neuwahlen zeigte sich, was es heißt, einen Verwaltungsapparat in den Händen zu haben. Unsere Genossen, die in der vergangenen Wahlperiode in der Ortsverwaltung in der Minderheit waren, hatten diesmal eine eigene Liste eingereicht. Die Ortsverwaltung (lies die Reformisten!) brachte ihrerseits eine Liste, die der Vorsitzende als „Gewerkschaftsliste“ und unsere als SAP-Liste bezeichnete, was unseren energischen Protest hervorrief. Auf unserer Liste standen Kollegen, die zum Teil noch einmal so lange organisiert waren, als die Kandidaten der Gewerkschaftsliste! Ohne überhaupt die Zahl der anwesenden Mitglieder durch Anwesenheitsliste festgestellt zu haben, wie es das Statut vorschreibt, wurde der Wahlakt durchgeführt. Das Resultat, das uns nicht überraschte, da wir sahen, daß die SPD-Anhänger mit Großmutter und Baby herangeschafft worden waren: ergab für die „Gewerkschaftsliste“ 73 Stimmen, für unsere Liste 69 und für die anwesenden kommunistischen Kollegen die äußerst beschämende Tatsache, daß sie durch Abgabe 6 ungültiger Stimmen der reformistischen Liste in den Sattel geholfen haben.

Unsere Genossen fochten die Wahl wegen der nichterfüllten statutarischen Vorschriften an, ohne natürlich bei der Versammlungsleitung das Geringste zu erreichen. Trotzdem es klar erwiesen war, daß das Ergebnis der Wahl unkontrollierbar war (Kollegin z. B. hatte noch mehrere, allerdings unbeschriebene Stimmzettel in der Hand, es bestand also die Möglichkeit, daß ein Mitglied mehrere Stimmzettel abgeben konnte, was auf Grund der nicht festgestellten Zahl der Anwesenden leicht möglich war), nahm sich der Gauleiter heraus, der Versammlungsleitung die Richtigkeit der Wahl zu bestätigen, was erregte Proteste unserer Genossen zur Folge hatte.

Noch vorliegende Anträge, Wortmeldungen usw. hielten den Versammlungsleiter nicht ab, die Versammlung zu schließen. Besonders bedauerlich ist, daß eben dieser Versammlungsleiter einmal Mitglied der SAP war, nun aber bestimmt das Mitgliedsbuch der SPD in der Tasche haben wird und in dem ihm nun einmal lieb gewordenen Trott, den er hätte in unserer Partei ablegen müssen, weiterwursteln wird. Unsere Genossen werden nun in der Einspruchsache den bekannten Instanzenweg gehen müssen, obwohl sie wissen, daß es Arbeit für den Papierkorb ist. Wenn nun doch die Reformisten der Opposition überlegen waren, so wird bei der fortschreitenden Erkenntnis der Wichtigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften bei den in der SAP organisierten Gewerkschaftlern es nur noch eine Frage der Zeit sein, und die Herrlichkeit der Reformisten wird ein Ende haben.

Versammlungskalender

Ortsgruppe Berlin-Wedding, Sonntag, den 5. Februar 1933, zwischen 10 u. 13 Uhr, Urwahl der Delegierten zum Reichsparteitag im Lokal Klinge, Sellinstr. 14 (am Nordhafen). Mitgliedsbuch mitbringen.

Verantwortlich: Bruno Sacher. Breslau: Inserat: Herbert Scho z Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau Gartenstr. 21 3 Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebur t, Breslau 5 Gartenstr. 21 Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 02 92

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2 10 und RM 0 36 Zustellgebühr. Durch den Verla bezogen RM 2 10 und RM 0 35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2 10 zuzüglich RM 1 30 Porto monatlich

Redaktion: Breslau Gartenstr. 21 3 Treppen. Telefon 206 02.